Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447 - 51

Nr. 16/17 | Hamburg, den 25. April 1919. | 4. Jahrg.

Inhalt:

Universität Hamburg ..... Seite 313
Die Utopien Silvio Gesells ..... „ 314
Fischereifragen in Großbritannien ..... „ 316
Länder-Berichte:
Deutschland ..... „ 317
Belgien ..... „ 318
England ..... „ 319
Brasilien ..... „ 321
Die Südafrikanische Union ..... Seite 323
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... „ 325
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 328
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 329
Getreide und Futtermittel ..... „ 331
Vermischtes ..... „ 333
Wichtige Neueingänge ..... „ 334

Universität Hamburg

Die Gründung der Universität Hamburg, mitten im allgemeinen Umsturz, als erste Tat der aus der Revolution hervorgegangenen Vertretung der Bürgerschaft, ist eines jener Ereignisse, die nicht im Plan der umstürzenden Gewalten lagen, die aber ohne den Umsturz schwerlich so bald zur Wirklichkeit geworden wären. Jede Revolution schüttelt überreife Früchte von den Bäumen, nicht weil es ihr, dem Motiv ihres Ursprungs nach, gerade um diese Leistung zu tun gewesen wäre, sondern weil sie überall den Fluß der Dinge beschleunigt, das Abwarten in Eilen wandelt, das Stockende mitreißt und an Stelle des Erwägens das Wagen setzt, auch wo es nicht Forderungen der Revolution selbst sind, die durch die Ängste und Bedenklichkeiten des alten Staatswesens an der Durchsetzung gehindert waren.

Die Universität Hamburg gehörte nicht erst seit gestern zu diesen längst fälligen Forderungen. Nachdem der Aufbau der akademischen Einrichtungen Hamburgs in stetiger Entwicklung so weit gefördert war, daß nur ein Weniges zu tun übrig blieb, um ein fragmentarisches Aggregat ohne Lebenskraft und ohne innere Form in ein sinnvolles Ganzes zu verwandeln, das sich organisch in die Totalität des deutschen Hochschul-Wesens einfügte, war dem Sehenden nur eine Entscheidung möglich. Es ist oft erörtert worden, ob der Entwicklung der hamburgischen Bildungsanstalten nicht vor Jahren andere Wege offengestanden hätten als dieser, dessen letztes Stück nun begangen worden ist . . . ob es nicht möglich, nicht zweckmäßiger gewesen wäre, eine Auslandshochschule oder eine Akademie für die Auslandsstudien zu begründen und sich damit auf die Aufgaben zu spezialisieren, die jetzt in dezentralisierter Form von einer großen Zahl binnendeutscher Universitäten aufgenommen worden sind. Wir glauben nicht, daß dieser Weg Hamburg offen stand, denn wir sehen den schöpferischen Mann nicht, der Kraft und Sinn gehabt hätte, einen durchaus neuen Hochschul-Typus auszubilden und ihm dasjenige Maß akademischer Autorität zu verschaffen, ohne das jede Sonderhochschule eine Institution zweiten Ranges bleiben muß. Es hätte eben nicht genügt, Institute zu schaffen, die in mechanischer Arbeitsteilung eine wachsende Stoffülle nach den Erfordernissen des Tages erledigen: das schwere und wesentliche der Aufgabe hätte erst da begonnen, wo der Arbeitsapparat beseelt und durchgeistigt werden und dadurch erst zum Rang einer Anstalt erhoben werden soll, die des akademischen Namens würdig ist. Für die Erfüllung dieser Forderungen aber bietet die überlieferte Form der deutschen Universität, soviel auch an ihr umbildungs- und erneuerungsbedürftig ist, einstweilen noch immer die beste Gewähr, mindestens aber den besten Anknüpfungspunkt. Man hätte der Hamburger Hochschule aber auch deshalb diese Form geben müssen, weil das Eigengewicht des geschichtlich Gewordenen mit wachsender Stärke in diese Richtung drängte.

Der Widerstand, der vor allem von einem Teil der Kaufmannschaft dem Kommen der hamburgischen Universität entgegengesetzt wurde, war verständlich genug. Er nährte sich aus der Abneigung gegen das Eindringen des akademischen Wesens als eines gesellschaftlichen und geistigen Elements, das im Gefüge des hamburgischen Staatslebens als Fremdkörper empfunden werden mußte, solange Geist und Wirtschaft als einander wesensfremde Mächte zu gelten pflegten und aus der Scheu vor dem Übernehmen von Aufgaben, von denen man befürchtete, daß sie zu einer Zersplitterung der moralischen und materiellen Mittel des Staates führen müßten. Beide Bedenken sind für den, der die neue Lage zu erfassen fähig ist, durch den katastrophalen Gang der Dinge aus dem Wege geräumt. Hamburg hat heute keine Wahl mehr. Es muß sich darüber klar sein, daß die alten Straßen ihm verschlossen, die alten Methoden verwehrt, die alten Ziele in Frage gestellt sind. Schlechthin alles wird von Grund auf neu zu schaffen, neu durchzudenken, neu zu fundieren sein. Es ist nicht abzusehen, wie diese Aufgaben bewältigt werden können, ohne die gespannteste geistige Durchdringung aller andrängenden Probleme, vor die uns die gärende Zeit stellt und mit jedem neuen Tag drohender stellen wird, vor allem aber ohne die Schar staatlicher und wirtschaftlicher Führer, deren Fehlen Hamburg, und nicht nur Hamburg, in diesen furchtbaren fünf

Jahren schmerzlicher als jeden anderen Mangel empfinden mußte. Es ist wahr, daß diese Männer nur in der Tat gestaltet werden können. Das Volk aber, das darauf verzichten zu können glaubt, den Männern, denen es die Führung anvertrauen will, eine Bildung zu geben, die sie zu Vertretern des höchsten geistigen Gutes ihrer Nation macht, ist schlecht beraten und geht in die Irre. Wir waren dies Volk und wir haben es gebüßt. Wir werden es noch schwerer büßen, wenn wir fortfahren, in bloßen Kenntnissen und Geschicklichkeiten das schlechthin Auszeichnende des staatlichen und wirtschaftlichen Gestalters, im Routinier und Spezialisten den für die Führung schlechthin geeigneten Mann zu sehen.

Die besonderen Aufgaben, die der neuen Universität gestellt sind, werden sich organisch aus der Totalität der hamburgischen Staatsaufgaben ergeben müssen. Auch der Universität Hamburg wird es innere Bestimmung sein, das Gesicht dem Meer zuzuwenden. Sie wird eher als die kontinentalen Hochschulen berufen sein, ein Mittler zwischen Ausland und Inland, Europa und Übersee zu werden und sie wird dies Amt antreten müssen, wenn sie nicht in der Tat zum Fremdkörper im hamburgischen Bereich werden soll. Eine unermeßliche Arbeit erwartet sie hier. Denn, wenn eine Tatsache aus den noch wirren Erfahrungen der Kriegsjahre und der Revolutionsmonate schon heute klar herausgelöst werden kann, so ist es das ungeheuerliche Maß von Unkenntnis über das seelisch-geistige Wesen und über die politisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten und Motive der Völker in allen Lagern der Kämpfenden. Wichtiger aber noch als die Mehrung von Kenntnis und Aufklärung, von Selbstbesinnung und Selbstzucht des Urteils ist die Bildung des eigenen Willens, die Klärung seiner Zielsetzung, die Festigung seiner Richtung. Hierzu kann die breiteste Ausdehnung unserer Auslandskunde, so nötig sie uns im übrigen ist, nur wenig beitragen: alles wesentliche wird hier auf einer stärkeren Verankerung auch des politisch-wirtschaftlichen Lebens in dem Reich der Idee, in einer tieferen Verwurzelung auch des tätigen Menschen in den nährenden und schöpferischen Gründen des eigenen Wesens seiner Nation beruhen müssen. Weist jene stoffliche Aufgabe nach außen, so diese geistige nach innen; nur aus der fruchtbaren Durchdringung der beiden Richtungen wird der neuen Universität die Kraft erwachsen, ihrer hohen Bestimmung gerecht zu werden. Institute zu schaffen, die mit allen Vorteilen und Nachteilen des Großbetriebs bedacht sind, wird bei der Ausdehnung des der Wissenschaft zur Bewältigung überwiesenen Materials eine unumgängliche Aufgabe bleiben. Höher und schwerer ist das Amt, Menschen und Ordnungen mit einem neuen Geist zu erfüllen. Die Universität Hamburg wird ihr Maß darin finden, wie weit sie dieser Forderung gerecht geworden ist. *K. S.*

Die Utopien Silvio Gesells

Eine rein kommunistische Herrschaft nach russischem Muster hat in München sehr rasch das von ein paar Kaffeehaus-Literaten aufgerichtete Regiment abgelöst. Es läßt sich nicht übersehen, ob der eine oder andere von ihnen von den neuen Gewalthabern in die Räteregierung übernommen worden ist. Jene groteske Episode aber wird ihren Platz in der Geschichte der Revolution finden. Der utopische Charakter der Bewegung wird am besten gekennzeichnet durch die Projekte eines Mannes, den jene Literaten zu ihrem Finanzminister erkoren hatten, und der wiederholt verkünden ließ, daß nunmehr eine durchgreifende Währungsform ins Werk gesetzt werden solle zur Einführung der sogenannten „absoluten Währung".

Die Pläne Silvio Gesells sind älter als die Revolution. Er hat sie jahrzehntelang verfochten, ohne wissenschaftlich ernst genommen zu werden, weil die Phantastik seiner Schriften ohne weiteres einleuchtet. Wenn an dieser Stelle darauf eingegangen wird, so geschieht es nur, um damit gleichzeitig einen Beitrag zur Psychologie unserer Zeit zu liefern. Silvio Gesell steht allerdings nicht allein, sondern er hat Anhänger gefunden, die einen „schweizerischen Freiland- und Freigeldbund" gegründet haben und in Berlin eine Zeitschrift herausgaben: „Der Physiokrat". Man kann diese Gemeinde etwa einer Sekte vergleichen. Einen schwachen Versuch zu wissenschaftlicher Begründung der Ideen Gesells finden wir in Schriften des Münchener Arztes Dr. Theodor Christen.[1])

Silvio Gesell erstrebt in erster Linie Stabilisierung der Warenpreise. Sie soll dadurch erreicht werden, daß die Geldverwaltung die Geldmenge vermehrt, also die Kaufkraft vergrößert, wenn die Preise unter das festzuhaltende Niveau sinken und umgekehrt die zu Markte gehende Geldmenge verringert, wenn die Warenpreise darüber hinauszugehen drohen. Das Utopische dieser Grundidee liegt auf der Hand. Abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit, die Geldmenge in solch mathematisch genauer Weise zu regeln, ist zu berücksichtigen, daß bei der Preisbildung nicht allein die Geldseite, sondern weit mehr noch die Warenseite eine Rolle spielt. Den Durchschnittswarenpreis zum Ziel einer Stabilisierung zu machen, ist schon darum nicht möglich, weil dieser Durchschnitt, der sich ausgezeichnet für Berechnungen aller Art eignet, doch nur das Resultat einer Untersuchung der Preise der einzelnen Waren ist, die alle wieder jeweils ihr besonderes Schicksal haben. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage bleibt, was die Warenseite anbetrifft, in Geltung, auch wenn vollkommenste Währungspolitik getrieben wird. Eine absolute Fixierung der Preise ist aber auch volkswirtschaftlich gar nicht erwünscht, denn in dem Auf und Nieder der Preise liegt der stärkste Anreiz für Vermehrung der Produktion bei Warenknappheit und Einschränkung derselben zugunsten anderer Erzeugungszweige bei Warenüberfluß.

Die absolute Währung will Silvio Gesell verwirklichen durch Ausgabe eines „Schwundgeldes", das er „physiokratisches Geld" nennt. Aufgedruckt sind ihm die Bildnisse von Pythagoras und Lykurg und der Satz: „Ehret Lykurg, er ächtete das Gold und Silber, die Ursache aller sozialen Verbrechen". Außerdem enthalten diese Geldscheine eine kalendarische Tabelle, die die Abnahme nachweist, die das Geld automatisch von Woche zu Woche erleidet. Dieser Verlust beträgt $^1/_{1000}$ wöchentlich, d. h., auf 100 ℳ in jeder Woche 10 Pf., im Jahre also 5,10 ℳ, doch soll die Höhe des Verlustsatzes durch praktische Erfahrungen erst endgültig festgestellt werden.

Um nach dem Satz von 0,10 ℳ pro Woche mit einem Hundertmarkschein einen Preis von 100 ℳ zu bezahlen, müßte man in der ersten Woche noch 10 Pf. dazu legen. Hat man den Schein 10 Wochen im Besitz, so würde man 1 ℳ dazu tun müssen und in einem Jahre 5,10 ℳ. Der jeweilige Betrag dieser Zuschläge für jede beliebige Summe in jeder beliebigen Woche soll aus Tabellen ersichtlich sein, die jedermann von der Geldverwaltung unentgeltlich erhalten würde. Gesell rechnet nun so: um sich vor dem Verlust zu schützen, der mit dem Besitz dieses Geldes verbunden ist, wird es jedermann immer möglichst bald weitergeben, also seine Einkäufe beschleunigen, seinen Zahlungsverpflichtungen immer möglichst schnell nachkommen und das übrige Geld für Unternehmungen aller Art zu

[1]) Vergl. Silvio Gesell: „Gold und Frieden?", 1916. Dr. Theodor Christen: „Die absolute Währung des Geldes" (Denkschrift an das eidgenössische Finanzdepartement), 1915. Frankfurt-Gesell: „Aktive Währungspolitik", 1909, und zahlreiche andere.

verleihen trachten. Die Geldverwaltung erhält auf diese Weise — das ist der Gedanke Gesells — die Sicherheit, daß die vermehrte Geldausgabe auch wirksam ist. Dagegen ist nun sofort einzuwenden, daß bereits in der Verzinsung des Geldes der stärkste Antrieb dafür liegt, das Geld arbeiten zu lassen. Es bedarf also nicht erst des Schwundgeldes. Die Nötigung aber, zu kaufen, auch dann, wenn ein Bedürfnis nicht vorliegt, ist im höchsten Grade unwirtschaftlich. Um den Verlust durch die Abnahme des Nominalbetrages von Woche zu Woche zu vermeiden, würde man dazu übergehen, statt des Geldes Waren zu hamstern. Die Handhabung des Schwundgeldes wäre höchst umständlich und zeitraubend.

Am Ende des Jahres sollen alle Geldscheine gegen neue umgetauscht werden, jedoch nur zu dem dann geltenden Betrage. Durch den Kursverlust von 5,1 % jährlich würde die umlaufende Geldmasse jährlich um soviel Millionen abnehmen. Damit daraus kein Geldmangel entstehe, verlangt Gesell, daß die Geldverwaltung diese Summe immer durch neuherzustellendes Geld jährlich ersetze. Dies würde eine regelmäßige Einnahme bedeuten, über deren Verwendung gesetzliche Bestimmungen zu treffen wären.

Silvio Gesell läßt dahingestellt, ob die Geldverwaltung die Festigkeit der Inlandpreise oder der Wechselkurse zum Maßstab der Geldausgabe machen solle. Man braucht nur einen Augenblick an die Haltung denken, die das Ausland gegenüber dem Phantasiegeld Gesells einnehmen würde, um diese Balthornisierung des Gedankens der Devisenpolitik (Knapp redet von „Exodromie") zu begreifen.

Christen schlägt einen anderen Weg zur Verwirklichung der „absoluten Währung" vor, bei dem das Schwundgeld nicht verwendet werden soll. Danach hat das Währungsamt dafür zu sorgen, daß das zirkulierende Geld einer stetigen Inflation unterliegt. Dieser Inflation soll beispielsweise eine Erhöhung des allgemeinen Preisstandes von möglichst genau 5,2 % jährlich entsprechen. Er meint, Finanzleute würden an der Möglichkeit, eine solche Inflation jährlich zu schaffen, kaum ernstlich zweifeln. Mit Verlaub, das werden sie ganz gewiß! Allen Zahlungsverträgen soll die absolute Währung zugrunde liegen und beim Verfallstermin die auf Rechnung der Inflation gehende Summe dem an und für sich fälligen Betrage hinzugerechnet und vom Schuldner bezahlt werden! Ein Beamter ist z. B. mit einem Gehalt von 2000 ℳ angestellt. Auf Grund dieses Vertrages hätte der Arbeitgeber (bei Inflation von 5,2 %) zu zahlen im ersten Jahr 2000 ℳ, im zweiten Jahre ℳ 2000 × 1,052 = ℳ 2104, im dritten Jahr ℳ 2000 × $(1{,}052)^2$ = ℳ 2213,41, im vierten Jahr ℳ 2000 × $(1{,}052)^3$ = ℳ 2328,08 usw. Entsprechend würden alle Schulden wachsen. Es ist ein Irrtum Christens, daß diese Steigerung der Lasten für den einzelnen irrelevant sei, da sie völlig gleichmäßig für alle erfolge. Die Annahme einer Inflation, die ganz gleichmäßig wirkt, ist utopisch.

Sowohl Christen als auch Gesell beabsichtigen, den Zins durch die absolute Währung allmählich zu beseitigen. Christen dadurch, daß die Erscheinungen von Hausse und Baisse nach Einführung seines Systems der Vergangenheit angehören sollen, was wiederum den Zinsfuß im Sinne eines Sinkens beeinflussen würde bis zum völligen Verschwinden. Das Schwundgeld Gesells aber soll ein solches Geldangebot hervorrufen, daß ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Geldmarkt herbeigeführt wird, welches sich in beständig sinkendem Zinsfuße bis zur Unentgeltlichkeit aller Darlehen und Kredite ausdrückt. Hier drängt sich sofort die Frage auf, was denn mit den Leuten geschehen soll, die bei eintretender Arbeitsunfähigkeit und im Alter auf ihre Zinsen angewiesen sind. Sollen sie staatliche Pension erhalten? Die Utopie der Beseitigung des Zinses ist übrigens in der Wirtschaftsgeschichte immer wieder aufgetaucht, also nichts Neues. Sie braucht darum auch hier nicht erst näher beleuchtet zu werden.

Es ist das Kennzeichen aller schwärmerischen Ideen, daß ihre Urheber darin das Allheilmittel erblicken. Auch Silvio Gesell sieht in seiner Geldreform den Weg zum Paradies auf Erden. Er zieht ganz außerhalb des Geldes liegende Dinge in den Kreis seiner Bestrebungen ein. Mit der Geldreform soll eine Bodenreform verbunden werden zur Erfassung der Grundrente, die z. gr. T. der Frau als Gegenleistung für die ihr durch die Kinderpflege erwachsende Mehrbelastung zufallen soll. Dadurch soll dann die Rasse veredelt werden. Das Schwundgeld wird „sofortige dauernde Beseitigung der Arbeitslosigkeit, vollkommene Auflösung der Arbeiterreservearmee" bewirken. Da wäre Gesell heute allerdings der Retter, wenn man an die Zauberkraft seiner Scheine glauben könnte! Das physiokratische Geld würde weiter nach seiner Meinung die Löhne bis zur vollen Beseitigung des Mehrwertes steigern, Börsenjobberei und Spekulation ausschalten, die Handelsspesen von 30—40 % auf etwa 3—5 % herabsetzen, ¾ aller Kaufleute überflüssig machen, die Schutzzölle beseitigen und die wirtschaftlichen Ursachen der Kriege ausräumen. Der Staat würde den Zinsfuß seiner Schulden herabsetzen können, „alle Steuerquellen würden stärker fließen und den Staatssäckel zum Überlaufen bringen." Nachdem der Zins auf 0 zurückgegangen ist, brauchen auch für die Verzinsung der Staatsanleihen keine Summen mehr aufgebracht zu werden.

Wie das physiokratische Geld das große, allgewaltige Werkzeug zur Beseitigung aller Schäden bildet, so hat nach Gesell das Gold all diese Schäden hervorgerufen. Man glaubt es nicht, wofür nicht alles das Gold verantwortlich gemacht wird! Das Gold ist der Vater des Kapitalismus, es verhindert die Durchführung des reinen Christentums, es ist aller sozialen Verbrechen Ursache, die Schutzzollpolitik verdanken wir dem Golde und schließlich sogar die Kriege. Dabei ist ausdrücklich festzustellen, daß Gesell nicht etwa „Gold" symbolisch für „Geld" setzt, sondern er meint das Edelmetall selbst. So ist er der Antipode gewisser, heute wohl ausgestorbener Metallisten, die dem Gold beinahe magische Kräfte zum Nutzen der Volkswirtschaft zuschreiben.

Mit der Nominaltheorie hat der Kampf Gesells gegen das Gold nichts zu tun. Das Verhältnis dieser Theorie und der aus ihr abgeleiteten Politik zu den Projekten Gesells muß einmal klargestellt werden, um einer Verwirrung vorzubeugen. Die Nominaltheorie hat durchaus Raum für das Gold, dessen nützliche Arbeit sie in gewissen Grenzen durchaus anerkennt. Allerdings sieht sie in einer auf den Zufälligkeiten der Goldfunde und Goldvorräte aufgebauten Geldschöpfung, die ohne tieferen Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Geschehen steht, kein letztes Ideal, sondern sucht zu vollkommeneren Methoden zu gelangen. Störungen der Preisbildung von der Geldseite aus sollen nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Die von der Warenseite ausgehenden Wirkungen dagegen stehen jenseits der Geldpolitik. Schärfer als irgendeine der älteren Lehren hat die Nominaltheorie den Grundirrtum aller verfehlten Betrachtungen des Geldes ins Licht gerückt: Das Geld ist nur Werkzeug, nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Nicht auf das Geld, sondern auf die Wirtschaft kommt es letzten Endes an. Dem Gelde wird auf diese Weise nur eine verhältnismäßig bescheidene Bedeutung zuerkannt. Jenen Grundirrtum aber begeht Gesell, wenn er glaubt, zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Menschen den Hebel beim Gelde ansetzen zu müssen, statt bei der Wirtschaft.

Bayern kann von Glück sagen, wenn es vor Experimenten zur Verwirklichung einer „absoluten Währung" verschont bleibt.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Fischereifragen in Grossbritannien

Mit Geltung vom 1. März d. J. wurde die letzte (3.) Höchstpreisverordnung für Fische in Großbritannien aufgehoben, und damit ein wichtiger Schritt der Rückkehr zur Friedenswirtschaft getan; nur Steinbutt, Glattbutt, Seezunge, Heilbutt, Lachs, Forelle sowie Makrelen und Heringe verblieben noch unter der Preiskontrolle. Damit ist ein Wechsel vollzogen, der von allen Interessenten, Produzenten sowohl als Händlern und Verbrauchern, sehnlichst herbeigewünscht wurde, und dessen entsprechender Verwirklichung auch bei uns mit der größten Ungeduld entgegengesehen wird. Diejenigen, die eine gleichartige Maßnahme auch bei uns lieber heut als morgen getroffen sehen möchten, werden sich sagen müssen, daß wir denselben Weg zu gehen haben wie England, daß wir aber in bezug auf die Größe unserer Produktion und entsprechenden Versorgung des Fischmarktes noch sehr weit hinter England zurückstehen und daß deshalb für uns der ersehnte Augenblick der Aufhebung der Zwangswirtschaft jetzt noch nicht gekommen ist. Es wird sich empfehlen, auf den Eintritt eines Zeichens zu warten, das die Aufhebung der Höchstpreise geraten erscheinen läßt, d. i. die automatisch erfolgende Unterbietung der Höchstpreise. An dieser hat es in England fast niemals völlig gefehlt, und in der letzten Zeit vor der gedachten Aufhebung war sie besonders stark in die Erscheinung getreten, während wir in Deutschland von derartigen Anzeichen doch offenbar noch gar nichts verspüren.

Trotzdem hat man unter der Einwirkung verschiedener Momente erfahren müssen, daß sich auch in England die Aufhebung der Höchstpreise als verfrüht erwies. Diese Momente sind einerseits die Fastenzeit mit ihrer vermehrten Nachfrage nach Fischen, andererseits das im März übliche schlechte Wetter, das die Zufuhren in mäßigen Grenzen hält, und schließlich und vor allem die Langsamkeit, mit der sich die Umstellung der von der Admiralität für Kriegszwecke gecharterten Fischdampfer auf den Friedensfangbetrieb vollzieht. Alles trug dazu bei, daß sich gleich nach Aufhebung der Höchstpreise eine solche Unregelmäßigkeit in der Preisgestaltung geltend machte, daß die Preise an vielen Orten über die bisherigen Höchstpreise hinausstiegen, ja, in vereinzelten Fällen (North Shields) sogar fast das Dreifache der bisherigen Höchstpreise erreichten, und daß in einigen der größten Fischhandelszentren — unter Vorantritt von Grimsby — die früheren Höchstpreise aus eigenem Antrieb vorläufig wieder eingeführt wurden.

Besonderes Interesse haben für uns in Deutschland die Schwierigkeiten, unter denen sich die Rückkehr der Fischdampfer aus dem Kriegsdienste in ihre frühere Tätigkeit vollzieht. Nach Meldungen der „Times" hat die britische Admiralität im ganzen 1175 Trawler (Grundnetzfischer) und 1350 Drifter (Treibnetzfischer) außer Dienst gestellt und zurückgegeben. Die Rückgabe vollzieht sich absichtlich langsam, damit die freiwerdenden Mannschaften gleichzeitig Gelegenheit und Zeit finden, ihren Dienst bei der Fischerei usw. wieder aufzunehmen. Man bemüht sich auch, bei der Außerdienststellung und Freigabe der Fischerfahrzeuge möglichst die altgedienten Leute zuerst zu entlassen und dabei solche Mannschaften fortzuschicken, die in dem Heimatshafen der betreffenden Fahrzeuge zu Hause sind resp. die Möglichkeit haben, dort eine Tätigkeit auszuüben. Vom 10. Dezember an waren in den ersten 2 Monaten 257 Trawler und 307 Drifter ihren Eigentümern zurückgegeben worden; in der Folge sollten monatlich etwa 80 bis 100 Trawler und 130 bis 150 Drifter demobilisiert werden, so daß also etwa ein Jahr vergehen wird, bis die Außerdienststellung dieser Fischerfahrzeuge zu Ende geführt werden kann. Freilich ist es noch sehr fraglich, ob es möglich sein wird, diese Termine inne zu halten; das hängt in hohem Grade von den Werftarbeitern ab, deren Tätigkeit nur allzusehr durch Streiks und Unzufriedenheit beeinträchtigt wird.

Von den 80 bis 90 Grimsby-Trawlern, die die Admiralität aus ihrem Dienst entlassen hat, konnten bis Mitte Februar nur 30 bis 35 die Fischerei wieder aufnehmen, die anderen, mindestens 58, lagen angebunden in den Grimsby-Docks. Zeitverlust und Verzögerung in der Beaufsichtigung und der Ausführung der nötigen Änderungen und Umbauten sind die beiden Hauptursachen. Auch die lebhaftesten Anstrengungen der Grimsbyer Reeder vermögen nichts dagegen auszurichten. Dabei nimmt die Zahl der ankommenden und außer Dienst gestellten Schiffe ständig zu.

Ähnliches wird von Lowestoft gemeldet, wo 2000—3000 Schiffs- und Maschinenbauer streiken, weil die von ihnen verlangte Arbeitszeit von 44 Stunden wöchentlich von den Werftbesitzern nicht bewilligt wird. (Diese verlangen 47 Stunden.)

Der Gedanke einer Verstaatlichung der Seefischerei ist in Großbritannien in letzter Zeit auch mehrfach erörtert worden, und namentlich eine für die Entwicklung der Hilfsquellen des Landes eingesetzte Kommission — The Empire Resources Development Committee — hat sich sehr ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt. Die „Fish Trades Gazette", welche in diesem Falle die Gesamtheit der Sachkenner und Interessenten zu vertreten glaubt, verhält sich jedoch ganz ablehnend gegen diese Pläne. Sie zitiert folgenden Brief aus der bekannten Zeitschrift „The Spectator": „Wir glauben nicht, daß die Ersetzung des Privatunternehmens durch eine vom Staate geleitete Gesellschaft im 20. Jahrhundert auf Erfolg rechnen kann. Der Gedanke ist nicht neu. Der Versuch wurde wieder und wieder gemacht, von 1630 bis 1690, aber stets ohne Erfolg. Mißwirtschaft scheint unzertrennlich vom Staatsunternehmertum. Aber abgesehen davon ist die Fischerei ein Glücksspiel, und die Staatsbehörden sind erbärmlich unglückliche Spieler; und vor allen Dingen hassen die britischen Seeleute den Staatsbetrieb heute genau so wie sie ihn im 17. Jahrhundert gehaßt haben. Sie fühlen sich ganz unauflöslich an jene engen persönlichen Beziehungen zwischen Führer und Mann gebunden, welche die britische Hochseefischerei groß gemacht haben. Die seemännische Leistung und nicht die staatsmännische ist der Grundstein der Fischerei, und wo Könige versagten, haben Fischer den Erfolg errungen". Der Fischhandel ist nach der Überzeugung des Leitartiklers der „Fish Trades Gazette" ein nicht minder überzeugter Feind des Staatsbetriebes; wie könnte er auch anders, nachdem er 4 Jahre lang die Leiden der Staatskontrolle, der gebundenen Wirtschaft, der Höchstpreisverordnungen ertragen hat. Nicht auf Staatsbesitz oder Staatsbetrieb kommt es bei der Fischerei an, sondern auf Unterstützung und Beihilfen seitens des Staates; und diese zu erlangen und in die richtigen Kanäle zu leiten, wird Aufgabe des Fischereiministers sein, den die Nat. Sea Fisheries Protection Association beharrlich und unter Begründung durch eine umfangreiche Denkschrift fordert.

Auch die „Times" haben zweimal in Leitartikeln über die Entwickelung der britischen Fischerei und Fischindustrie zu den Fragen der Verstaatlichung der Seefischerei und der Berufung eines besonderen Fischereiministers Stellung genommen. Zu dem ersteren Punkt heißt es in der Ausgabe vom Montag, den 17. Februar d. J.: In Frankreich hat eine spezielle Form des staatlichen Eingriffs in die Fischerei, welche keineswegs auf Gewinnbeteiligung abzielte, einen geradezu lähmenden Einfluß auf die Unternehmungslust und die Entwicke-

lung überhaupt ausgeübt. Das ganze Fischereigewerbe von Großbritannien ist absolut gegen einen derartigen Plan eingenommen, der auch niemals offizielle Unterstützung erfahren hat. Die Hochseefischerei begehrt weder Prämien noch eine Nationalisierung des Betriebes, aber was sie wünscht, ist eine besondere Regierungsbehörde, mit der sie zu tun haben möchte, statt sich jetzt an ein halbes Dutzend wenden zu müssen. Sie braucht Hilfe für die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten, damit der Fisch möglichst schnell jeden Tisch im ganzen Lande erreichen kann; sie braucht Gefriereinrichtungen nach modernen Methoden in den hauptsächlichsten Heringshäfen, und sie will eine bessere Regelung in der Beaufsichtigung der Fischereien.

Merkwürdigerweise wird in der großen Denkschrift, mit der die N. S. F. P. A. die Schaffung eines Fischereiministeriums begründet, auch wiederholt und ausführlich auf deutsche Verhältnisse verwiesen. Einesteils werden die Fortschritte der deutschen Seefischerei vor dem Kriege, namentlich die Maßnahmen zur Vergrößerung des Verbrauchs als mustergültig hingestellt, andererseits tut man so, als ob in Deutschland die Frage der Schaffung eines Fischereiministeriums oder eines Reichsfischamts bereits in bejahendem Sinne gelöst wäre, obwohl das doch in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

Die Bemühungen, zu einem Fischereiministerium für Großbritannien zu gelangen, werden auf das eifrigste fortgesetzt, obgleich denselben bisher wenig Erfolg beschieden war. Auf mehrere Anfragen, die am 17. 2. im Unterhause gestellt wurden, ob die Regierung beabsichtige, ein besonderes Fischereiministerium zu errichten, gab Mr. Bonar Law die Auskunft, daß gegenwärtig eine derartige Absicht seitens der Regierung nicht bestehe.

Höchst bemerkenswert ist es, daß man darauf drängt, auch die Friedenskonferenz in Paris für Fischereifragen zu interessieren. Wir müssen mit Recht aufhorchen, wenn wir hören, daß eine internationale Übereinkunft zwecks Erhaltung der Nordsee als gewaltiger Nahrungsquelle für Europa und zwecks Reservierung aller bekannten Laichgebiete und Jungfischgründe an den Küsten der Nordsee angestrebt werden sollte. Man wird sich vielleicht aus einer im Sande verlaufenen Beratung über diesen Punkt, die zu Anfang der 90er Jahre in London stattfand, erinnern, was man in England unter dieser Reservierung zu verstehen wünscht, und dann begreifen, was man jetzt mit der Forderung des Mr. Hoover begründen möchte, daß man nach neuen Mitteln zur Verbesserung und Vermehrung der Nahrungszufuhr für Europa ausschauen müsse, da die Fleischerzeugung mit der Vermehrung der Bevölkerung nicht mehr Schritt zu halten vermöge, so daß wir entweder Vegetarier werden oder aber mehr Fische essen müssen.

Ehrenbaum

Deutschland

Die Reichsbank im letzten Kriegsjahre

Der Bericht der Reichsbank für das Jahr 1918, das nach anfänglichen hoffnungsvollsten Erwartungen Niederlage und Revolution brachte, darf bei dem engen Zusammenhang zwischen Politik und Geldwesen ganz besonderes Interesse beanspruchen.

Die Bestrebungen zur Veredelung der Zahlungssitten gipfelten in der Gründung einer „Zentralstelle zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs" im Mai 1918. Zur Durchführung dieser Organisation richtete die Reichsbank ein besonderes Büro ein. Es wurden 24 Landes- und 19 Provinzialstellen gebildet, die sich im allgemeinen an die Reichsbankanstalten anlehnen. Im Anschluß an diese Einrichtungen arbeiten außerdem (nach dem Stande vom 15. März 1919) insgesamt 572 Ortsgruppen, davon 171 an Plätzen, welche nicht Sitz einer Reichsbankanstalt sind. Die Zahl der letzteren Ortsgruppen soll mit Rücksicht auf ihre Bedeutung für die Verbesserung der Zahlungssitten in den kleineren Orten und auf dem Lande noch besonders gesteigert werden. Sämtlichen Organisationen stehen ebenso wie der Zentralstelle beratende Ausschüsse zur Seite.

Die Zahl der Abrechnungsstellen erfuhr durch Errichtung solcher bei der Reichsbank in Barmen und Kassel weitere Vermehrung.

Über die zur Behebung der Zahlungsmittelnot ausgegebenen Reichsbanknoten zu 50 ℳ, die im Buchdruckverfahren hergestellt werden, teilt der Bericht mit, daß im November 2085 Mill. ℳ, im Dezember 1661 Mill. ℳ davon bereitgestellt wurden. Am 1. März 1919, als dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt der Einziehung dieser Noten, konnte nicht festgehalten werden. Städtisches Notgeld war bis zum 1. November 1918 in Höhe von mehr als 400 Mill. ℳ, bis zum Jahresschluß ein weiterer Betrag von rund 700 Mill. ℳ zur Ausgabe gelangt. Die Reichsbank übernahm die Hälfte der Herstellungskosten sowie der durch Fälschungen entstehenden Schädigungen und stellte ihre Kasseneinrichtungen für Ausgabe, Einlösung und Umtausch des Notgeldes zur Verfügung.

Der Umlauf an Geldzeichen gestaltete sich folgendermaßen (in Mill. ℳ):

	Reichsbanknoten	Darlehnskassenscheine	Zusammen
31. Dez. 1917....	11 467,7	6 264,5	17 732,2
31. März 1918....	11 977,8	6 993,5	18 971,3
30. Juni 1918....	12 510,4	7 582,2	20 092,6
30. Sept. 1918....	15 334,4	8 746,0	24 080,4
31. Dez. 1918....	22 187,8	10 242,2	32 430,0

Die Zunahme des Umlaufs an Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen während der einzelnen Quartale 1918 betrug in Mill. ℳ (Vergleichsziffern für 1917 in Klammern):

1. Vierteljahr.....	+ 1239,1	(+ 1443,0)
2. „	+ 1121,3	(+ 849,3)
3. „	+ 3987,8	(+ 2413,0)
4. „	+ 8349,6	(+ 2099,3)

Während der drei auf die Quartalsschlüsse des Jahres 1918 folgenden Wochen entwickelte sich der Umlauf an Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen in Mill. ℳ wie folgt (Vergleichsziffern des Vorjahres in Klammern):

vom 1.—23. April 1918	— 695,5	(— 507,3)
„ 1.—23. Juli 1918	— 222,7	(— 44,3)
„ 1.—23. Okt. 1918	+ 1490,0	(— 55,8)
„ 1.—23. Jan. 1919	+ 1096,5	(— 715,1)

Die wirtschaftliche und theoretische Bedeutung dieser Vermehrung der Zahlungsmittel ist von uns wiederholt beleuchtet worden.

Die umlaufenden Noten der Reichsbank waren 1918 durch den Barvorrat (Gold- und Scheidemünzen, Reichs- und Darlehenskassenscheine) im Durchschnitt der einzelnen Wochen zu 34 v. H. gedeckt. Die beste Deckungsziffer wurde am 15. Januar mit 34,3 v. H., die schlechteste am 31. Mai mit 33,5 v. H. erreicht. Mithin war die gesetzlich vorgeschriebene Dritteldeckung niemals unterschritten. Es besteht kein Zweifel, daß trotzdem die Lage unseres Geldwesens im höchsten Grade bedenklich ist, wie ja schon aus den obigen Zahlen für den Umlauf an Geldzeichen hervorgeht. Der geringe Wert jener Deckungsvorschriften kann nicht besser bewiesen werden. Die Golddeckung der Noten verschlechterte sich wie im Vorjahre

um mehr als 10 Punkte; sie betrug am 31. Dezember 1918 10,2 v. H. gegenüber 21 v. H. Ende 1917 und 31,3 v. H. Ende 1916.

Der Metallbestand der Reichsbank, nämlich der Bestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das kg fein zu 2784 ℳ berechnet, betrug:

als höchste Summe	2662,9 Mill. ℳ	am	15. Okt.
„ niedrigste „	2282,1 „	„	31. Dez.
durchschnittlich	2487,5 „	„	

Im Durchschnitt war er um 45 Mill. ℳ geringer als 1917; dabei belief sich (in Mill. ℳ Vergleichsziffern in Klammern) der Bestand an:

Gold in Barren und fremden Münzen auf	465,5	(460)
„ „ deutschen Münzen auf	1921,6	(2005)
	2387,1	(2465)
Scheidemünzen auf	100,3	(66,7)
insgesamt auf	2487,5	(2532,5)

An bankmäßiger Deckung, d. h. an Wechseln, Schecks und diskontierten Reichsschatzanweisungen betrug:

die höchste Anlage	27 415,7 Mill. ℳ	am	31. Dez.
„ niedrigste „	12 355,8 „	„	23. Febr.
„ durchschnittliche Anlage	16 519,6 „	„	

Unter den Beständen der bankmäßigen Deckung nahmen die dem Reich gewährten Kredite bei weitem die erste Stelle ein. Der Ankauf der Reichsbank an Handelswechseln hielt sich wie schon in dem Vorjahre in engen Grenzen, da infolge der Geldflüssigkeit und der während des Krieges immer mehr eingebürgerten Barzahlungsgewohnheiten der Umlauf an solchen Papieren stark zurückgegangen war. Dies ist von großer Wichtigkeit für die Beurteilung der Geldschöpfung der Reichsbank. Es wird dadurch erhärtet, daß nicht mehr währungspolitische Gesichtspunkte, sondern die Nöte der Finanzen für die Ausgabe der Geldzeichen maßgebend sind, eine beklagenswerte, aber vorläufig unabänderliche Erscheinung.

Im Lombard war

die höchste Anlage	15,7 Mill. ℳ	am	15. Nov.
„ niedrigste „	4,7 „	„	22. Juni
„ durchschnittliche Anlage	7,4 „	„	

während im Jahre 1917 der Durchschnitt sich auf 9,8, im Jahre 1916 auf 12,6, im Jahre 1915 auf 21,5 Mill. ℳ belaufen hatte.

An gekündigten, verlosten oder mit einer bestimmten Verfallzeit versehenen Wertpapieren, soweit sie nicht als Notendeckung geeignet und dem Bestande der bankmäßigen Deckung zuzurechnen waren, befanden sich in den Beständen der Reichsbank:

als Höchstbetrag	3,3 Mill. ℳ	am	30. März
„ Mindestbetrag	0,065 „	„	15. Okt.
durchschnittlich	0,79 „	„	

Der Bestand an eigenen lombardfähigen Wertpapieren der Reichsbank belief sich am 31. Dezember dem Werte nach auf 150,9 Mill. ℳ.

Im Jahre 1918 steigerten sich die Gesamtumsätze im Giroverkehr der Reichsbank in einem in dieser Höhe vorher nie erlebten Umfange. Sie betrugen in Einnahme und Ausgabe 2676,1 Milliarden ℳ. Die Gesamtsumme des Jahres 1917 (1685,3 Milliarden ℳ) wurde 1918 bereits im neunten Monat weit überschritten. Die Summe der von der Reichsbank ausgewiesenen fremden Gelder („sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten") wuchs von 8050,4 Mill. ℳ am 31. Dezember 1917 auf 13 280,4 Mill. ℳ am 31. Dezember 1918, also um den erheblichen Betrag von 5230 Mill. ℳ; während des Jahres 1917 hatte die Steigerung nur 3486,2 Mill. ℳ ausgemacht. In Vorbereitung auf die 9. Kriegsanleihe flossen der Reichsbank in der letzten Septemberwoche rund 5,4 Milliarden ℳ neu zu, so daß die gesamten Bestände der Bank an fremden Geldern Ende September auf 14 531,1 Mill. ℳ, den höchsten während des Jahres 1918 und in der Geschichte der Bank überhaupt erreichten Stand anwuchsen.

Die Giroguthaben betrugen am 1. Januar 1918 5776,7 Mill. ℳ, am 31. Dezember 1918 10 023,9 Mill. ℳ. Der Bestand der Giroguthaben mit Ausschluß derjenigen der Reichs- und Staatskassen ergab:

als höchste Summe	7042,6 Mill. ℳ	am	31. Dez.
„ niedrigste „	2435 9 „	„	23. Jan.
durchschnittlich	3892,1 „	„	(1917: 2098,1 Mill. ℳ)

Bei den Giroübertragungen war

der höchste Bestand	3049,0 Mill. ℳ	am	30. Sept.
„ niedrigste „	375,2 „	„	28. Febr.
„ durchschnittl. Bestand	734,8 „	„	(1917: 590,9 Mill. ℳ)

Die Zahl der Kontoinhaber betrug am Jahresschluß 34 222 gegen 31 824 Ende 1917.

Der Bestand der Guthaben der Reichs- und Staatskassen belief sich:

als höchste Summe auf	2927,0 Mill. ℳ	am	31. Dez.
„ niedrigste „ „	994,2 „	„	23. April
durchschnittlich auf	1871,8 „	„	(1917. 1564,3 Mill. ℳ)

Der Reingewinn der Reichsbank betrug im Jahre 1918 110,8 Mill. ℳ.

A. S.

Belgien

Arbeiterbewegung und syndikalistische Organisation

Belgien hat zwar seit dem Waffenstillstand eine geringe Verbilligung der Lebenshaltung zu verzeichnen und manche Erzeugnisse sind auch für den kleineren Geldbeutel wieder zugänglich geworden, auch haben die Verkehrsverhältnisse sich gebessert, aber das Land ist darum doch noch nicht „über den Berg." Seine Industrie liegt am Boden und kann nicht wieder zu Kräften kommen, ehe nicht die vielen Streiks und die Unruhe der Arbeiterschaft ein Ende gefunden haben.

Der Minister für Industrie und Arbeit berechnete am 31. März in der Kammer (nach „Nieuwe Rotterdamsche Courant" Nr. 90, die Zahl der Arbeitslosen in Belgien auf 850 000, die der Unterstützten auf 2 Millionen. In 14 Dörfern in der Umgegend von Antwerpen, wo vor dem Kriege 21 000 Arbeiter ihr Brot fanden, arbeiten nach dem „Hamburger Fremdenblatt" v. 3. April jetzt nur 2300 Mann. In Löwen arbeiten 3 % der Arbeiterschaft; von 47 000 Arbeitern der Genter Textilindustrie feiern 46 000, obgleich die Vertreter dieser Industrie sich in England um Rohstoffe bemühen, um ihre Fabriken wieder in Gang zu bringen.

Wo dagegen die Arbeiter ihren Dienst wieder aufgenommen haben, erheben sich fast überall Kämpfe zwischen ihnen und den Arbeitgebern. Die Geistesverfassung des belgischen Arbeiters hat sich während des Krieges gewandelt. 4½ Jahre hatte er keine andere Tätigkeit als seine Unterstützung vom „Nationalen Unterstützungs- und Ernährungsausschuß" abzuholen. Unterernährt in dieser langen Zeit hat er jetzt nicht mehr Kraft und Lust, wie früher zu arbeiten; er verlangt den Achtstundentag und eine den teuren Lebensverhältnissen entsprechende Entlohnung, wie sie seine Genossen in Frankreich, England und auch in den feindlichen Ländern erhalten. Die Pariser „Humanité" findet einen treffenden Ausdruck für diese Entwicklung, wenn sie sagt, daß die

Arbeiterschaft im Kriege mehr denn je die Notwendigkeit und den Nutzen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses erkannt hat. Sie hat es gelernt, die Neigung zu Eigenbrödelei und den Mangel an Disziplin, die sich vor dem Kriege breit machten, zu bekämpfen. So war beispielsweise Flandern, wo nur Gent die ersten kleinen Anfänge von Arbeiterorganisationen kannte, eine Wüste für den sozialistischen Gedanken. Dazu stieß der Arbeiter im Kriege zu allen Leiden auf unfreundliche „Comités de secours", auf gewinnsüchtige Unternehmer und auf wuchernde Bauern.

Jetzt hat das Blatt sich gewendet. Gerade in den Gegenden, die dem Gedanken des Syndikalismus bisher am feindlichsten waren, ist der Umschwung am stärksten. In Gent ist die Zahl der Syndikate von 9347 in 1914 auf 19515 am 25. Februar 1919 gestiegen. In Meenen und entlang der französischen Grenze gewinnt der Syndikatsgedanke an Boden. In Brügge beteiligten sich Tausende an einem Umzug, der von den sozialistischen Syndikaten veranstaltet wurde; der Generalstreik endete mit der Unterwerfung der Arbeitgeber unter einen Schiedsspruch und die Arbeiterschaft ernannte den Sekretär des Syndikatsausschusses zu ihrem Vertreter. Wie in Flandern ist es im übrigen Belgien. In St. Nicolas (Waesland) zählten alle Syndikate 650 Mitglieder, jetzt 4176, davon 1333 Zigarren- und 1473 Textilarbeiter. Lokeren hatte nur zwei Syndikate (Textilindustrie und Hutfilzfabrikation) mit 277 Mitgliedern, jetzt zählt es 985 Genossen, und die Hafen- und Bauarbeiter sowie Schuster haben sich zu Syndikaten zusammen geschlossen. Tamise zählt jetzt 790 gegen früher 122 Organisierte. In Tielrode haben sich 79 Ziegeleiarbeiter zusammen geschlossen.

Überall entstehen, wie oben schon gesagt, Zwistigkeiten zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern. Im Januar sind an Streiks zu verzeichnen: Metallarbeiterstreik in Nivelles, in mehreren Werken im Borinage und in der Fabrik Beduwe in Lüttich, sowie Streik der Angestellten von zwei Brüsseler Banken, der Schneiderinnen des Hauses „Bon Marché", der Keksfabrik Victoria, der Müller von Boom und in der Mühle Riquier in Brüssel, der Bäcker der Brüsseler Bäckereien, der Gemeindebetriebe in Doornik und endlich auf dem Gaswerk von Lessines. Im Februar verdoppelt sich die Zahl der Streiks. In chronologischer Reihenfolge sind es Streiks der Kokerei der Cockerillschen Werke in Seraing, der Färberei Degeest, Brüssel, der Holzarbeiter in Lüttich, der Molkerei Alberta, Brüssel, der Blechhütte Delloye in Marchin, der Düngerfabrik in Engis, der Werke für Trocken-Akkumulatoren St. Josse, einer Schuhfabrik in Löwen, der Kesselschmiede auf den Cockerill-Werken, der Mechaniker in Antwerpen, der Cockerillschen Werft in Hoboken, der Buchbinder in Turnhout, des Gaswerks Grammont und der Glasbläser in Mariémont. Ein Streik löst den andern ab, keine Industrie bleibt verschont, und stets ist ein Erfolg der Arbeiter das Ergebnis. Von Streiks wurden ferner betroffen: drei Großmüllereien bei Brüssel, die Kristallfabrik Val-St. Lambert, die Werke „Ougrée Marihaye", die „Acieries d'Angleur", die Schreinereien in Namur, die landwirtschaftlichen Betriebe von Cortil-Woton, Hanet und Noville-les Bois (Provinz Namur), die Gas- und Elektrizitätswerke in Mecheln und Antwerpen, und in Lüttich sind schließlich sogar die Angestellten und Arbeiter der Kinos und die Laternenanstecker in den Ausstand getreten.

Die Arbeitgeber setzen weniger der Erhöhung der Löhne Widerstand entgegen als der Herabsetzung der Arbeitszeit. Sie gehen in ihren Zugeständnissen sogar bis zu Tagelöhnen von 24 und 26 fr, aber sie wollen auf keinen Fall auf das Recht, die Arbeitszeit festzusetzen verzichten. Andererseits wissen die Arbeiter, deren Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge gewachsen ist, nur zu gut, daß jede Lohnerhöhung im kapitalistischen Wirtschaftssystem früher oder später ihren Ausgleich in einer entsprechenden Verteuerung der Lebenshaltung findet. Die Arbeiterschaft weiß auch, eine wie wichtige Waffe im Kampf gegen den Kapitalismus sie sich durch Freistunden erkämpft, in denen sie an ihrer Ausbildung arbeiten kann. Darum wird sie auch in dieser Forderung nicht nachgeben, umsomehr als der Arbeiter Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung auch dann hat, wenn er eine Arbeit von mehr als 9 Stunden täglich und einen Lohn von weniger als 1 fr stündlich ablehnt.

In der Kammer hat am 6. März der Abgeordnete Léonard den Minister für Industrie und Arbeit wegen der Arbeitslosigkeit unter den Metallarbeitern im Becken von Charleroi interpelliert und darauf hingewiesen, daß ohne das Eingreifen der Regierung ernste Ereignisse wie 1886 und eine Abwanderung der besten Arbeiter nach französischen Werken zu befürchten wären. In der gleichen Sitzung hat Herr Pepin klipp und klar die staatliche Beschlagnahme der Werke gefordert. Jedoch hat der Minister Wauters in seiner Antwort festgestellt, daß der Regierung keine Zwangsmittel zur Verfügung stehen, um die Arbeitgeber zu Verhandlungen mit den Syndikaten zu veranlassen und daß sie nur einen Schiedsspruch durch Vermittlung der Arbeitsinspektoren anregen kann.

Jeder Kommentar hierzu ist überflüssig. Es besteht kein Zweifel mehr, daß die augenblickliche Lage eine neue Etappe auf dem Wege der belgischen Demokratie bedeutet, ihren Sieg über den Kapitalismus durch planmäßigen und ununterbrochenen Ausbau der Organisation in Syndikaten.

P. M.

England

Arbeiterfrage — Handelspolitik — Wichtige Gesetzentwürfe — Außenhandel, Geldmarkt und Börse — Indexzahlen

Die Arbeiterfrage steht nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses. Die Zahl der Arbeitslosen schwillt von Woche zu Woche weiter an. Im ganzen bezogen Ende März 1 060 000 Personen Kriegsarbeitslosenunterstützung, davon 755 000 ehemalige Kriegsindustriearbeiter und 306 000 entlassene Soldaten. Die Zuwachsquote ist aber bei beiden Kategorien sehr verschieden. In der letzten Märzwoche mehrten sich die ersteren um 1600, die Soldaten dagegen um 39 000. Gleichwohl scheint sich entgegen mancherlei anders lautenden Meldungen der deutschen Presse die Stimmung unter der englischen Arbeiterschaft im allgemeinen zu beruhigen. Wir schließen dies u. a. aus den Zahlen, die uns über die Abstimmung bezüglich des Sankeyreports zugehen, der bekanntlich die Einigung im Kohlenbergbau auf Grund eines Kompromisses befürwortete (Nr. 15). Sie zeigen eine ganz überwältigende Majorität für die Annahme der von dem Ausschuß gemachten Vorschläge. Die Abstimmung erfolgte am 9. und 10. April. Nachstehend die Zahlen aus den wichtigeren Distrikten, soweit sie bisher vorliegen. Es stimmten:

in	für	gegen	in	für	gegen
South Wales ..	163000	19000	North Wales	12000	800
Durham	96000	7500	Lancashire und		
Derbyshire ...	37000	3000	Cheshire	56000	12000
Nottinghamshire	28000	1500	Northumberland..	30000	3000
Lanarkshire ..	32000	5700	North-Staffordshire	19000	650

Besonders interessant ist das Abstimmungsergebnis in dem als unruhig verrufenen Südwales und zwar umsomehr, als noch am 31. März in der Delegiertenversammlung der dortigen Gewerkschaften die Annahme mit 168 gegen 102 Stimmen verworfen worden war!

*

Die Häuser des Parlaments befassen sich zurzeit mit der Lösung der durch den Krieg entstandenen neuen Verhältnisse und bemühen sich, einen Übergangszustand zu schaffen. Für die Handelspolitik der Übergangszeit hat Sir Auckland Geddes am 10. März die vorläufigen Richtlinien der Behandlung von Ein- und Ausfuhr dargelegt. Danach soll die Einfuhr aller Rohstoffe aus dem Imperium ungehindert vor sich gehen. Halbfabrikate sollen nur soweit nach England hineingelassen werden, wie es unbedingt erforderlich ist. Die Einfuhr von Fertigwaren wird außer bei ausdrücklicher Erlaubnis des Board of Trade ganz verboten. Bezüglich der Ausfuhr sei zu bedenken, erklärte Sir Auckland, daß die Staaten, nach denen man exportieren möchte, aus den gleichen Gründen wie England der Einfuhr Hindernisse in den Weg legen würden. Vor allem würde es dem warenhungrigen Ausland an Mitteln fehlen, die Einfuhr zu finanzieren. Die englische Regierung denke daher daran, die deutsche Kriegsentschädigung für Waren, die das Ausland, brauche und die England im Überfluß herzustellen vermöge, zur Verrechnung heranzuziehen. Sache des Handelsamtes sei es, andere Mittel und Wege der Bezahlung zu suchen und neue Märkte auszukundschaften. Eine Sonderstellung nähmen die blockierten Länder ein, doch brauche man nach Geddes Meinung nicht mehr lange daran zu denken, warum die Blockade vorhanden sei. Ganz allgemein aber gelte, daß die Ausfuhr für solche Waren regelmäßig untersagt bleiben müsse, die: 1. im Heimatland notwendig gebraucht werden, 2. Bedürfnissen des Landheeres und der Marine dienten und 3. nur mit Zuhilfenahme von Regierungsunterstützung in England produziert werden könnten. Vor dem 1. September 1919 würde diese Handelspolitik einer erneuten Prüfung unterzogen werden. Nur so lange gelte dies Programm. Eine Antwort auf jene dringenden Fragen, nach der zukünftigen Gestaltung der englischen Handelspolitik hat das englische Volk also auch in dieser sonst bedeutsamen Rede nicht erhalten. Kurz nachdem er diese Rede gehalten hat, am 4. April dieses Jahres verkündete Sir Auckland den Rücktritt von seinem erst vor nicht allzulanger Zeit neu bestätigten Amt als Minister of National Service and Reconstruction.

Weitere Maßregeln für die Übergangszeit, die jetzt im Parlament behandelt werden, betreffen das stehende Heer, die Frage der Erhöhung der Miet- und Hypothekenzinsen und die Eisenbahnverwaltung.

Da jetzt die Demobilmachung rüstig fortschreitet (bis Anfang April waren aus dem Landheer 2 210 000 Mann entlassen), wird die Frage dringend, wie groß das verbleibende stehende Heer werden soll. Das Militärgesetz (Military Service Bill) ordnet die diesbezüglichen Verhältnisse. Da sich nicht genügend Freiwillige gefunden haben, um das Okkupationsheer auf der als notwendig angesehenen Höhe zu erhalten (rund 1 Million Mann), muß dies neue Gesetz die Militärpflicht enthalten und zwar wird sie darin bis zum 1. April 1920 vorgesehen.

Das Gesetz über die Miet- und Hypothekenzinsen (Rent Restriction Bill) muß dem Notstand abhelfen, der dadurch entstanden ist, daß die Bautätigkeit während des Krieges geruht hat. Der Wohnungsmangel (nach neuesten Schätzungen fehlen 700 000 Wohnungen) würde eine maßlose Steigerung der Mieten zur Folge haben und die neu einsetzende Bautätigkeit eine ungesunde Erhöhung der Hypothekenzinsen bewirken. Das neue Gesetz sucht nun die Erhöhung der Miet- und Hypothekenzinsen zu erschweren; es soll nur eine beschränkte Zeit in Kraft bleiben, nämlich bis eine genügende Menge Häuser gebaut sind.

Der dritte Gesetzentwurf über die Vereinheitlichung der Verkehrseinrichtungen (Transportation Bill) zieht die Konsequenzen aus der durch den Krieg geschaffenen (von uns in Nr. 6 geschilderten) Lage und schafft ein neues Verkehrsministerium mit den weitreichendsten Vollmachten, um eine einheitliche Kontrolle der Bahnen und unter Umständen auch deren Enteignung durchführen zu können. Alle drei Gesetzentwürfe haben außerordentlich viel Aufregung verursacht, da sie die verhaßte Zwangswirtschaft des Krieges in die Übergangswirtschaft und z. T. auch in die Friedenswirtschaft hinübernehmen wollen. Das letzte Wort ist über sie noch nicht gesprochen. Charakteristisch ist indessen, daß das Militärgesetz nach den letzten Äußerungen im Parlament für die Verstärkungen in Rußland, wo das kleine eingefrorene britische Expeditionskorps arg bedrängt wird, keine Anwendung finden soll. Dort sind schwere Kämpfe in Aussicht, für die man auf das Freiwilligensystem zurückzugreifen sich genötigt sieht.

Zwei weitere Gesetzentwürfe sind in Vorbereitung, liegen dem Parlament aber noch nicht vor: Der eine sieht wenigstens im Prinzip die 48 Stunden-Woche für England als Norm vor, der andere soll einen gesetzlichen Minimallohn für Lohnarbeiter zur Durchführung bringen. In diesen beiden Gesetzentwürfen begegnet die englische Regierung den Wünschen des Vertretertages der Industrieräte Englands (Nr. 15). Man darf mit einiger Spannung auf den Wortlaut dieser, wie es heißt, Ende April zur Veröffentlichung gelangenden Entwürfe warten.

*

Die Außenhandelsziffern entwickeln sich weiter günstig. Die Einfuhr ist weiter zurückgegangen; sie steht mit 105,8 Mill. £ um fast 2 Mill. £ niedriger als im Februar, obschon jener Monat 2 Werktage weniger hat als der März. Erstaunlich ist in der Einfuhr der noch immer anhaltende Rückgang an Nahrungsmitteln, der im wesentlichen den Ausfall verursacht hat. Die Ausfuhr ist um volle 6,2 Mill. auf 53.1 Mill. £ gestiegen, und zwar sind die meisten Produkte gleichmäßig an dieser Zunahme beteiligt, besonders aber Textilien. Auch die Durchfuhr zeigt eine gewaltige Vermehrung und übertrifft die des Vormonats um 4,8 Mill. Sie steht heute auf 8,9 Mill. £.

Der Geldmarkt hatte im Verlauf des Monats März eine normale Gestaltung. Geld war niemals knapp, oft aber reichlich vorhanden. Als Ende März bekannt wurde, daß der Wechselkurs auf Newyork nicht mehr subventioniert werden sollte, traten zunächst Befürchtungen ein, daß Geld knapp würde. Der Pfundkurs brach zusammen. Er sank von 4,76½ $ für das £ mit gewaltigen Schwankungen auf 4,50 $. In normalen Zeiten wäre die Folge eines solchen Sturzes die Verschiffung von Gold nach Amerika gewesen. Das hätte bewirkt, daß die Bank von England, um Geld aus dem Ausland anzuziehen und damit den Goldversendungen einen Riegel vorzuschieben, durch Erhöhung ihres Diskontsatzes den Geldmarkt versteift hätte. Eine solche Maßregel würde im gegenwärtigen Augenblick, wo die Maschine des Handels noch nicht glatt läuft, sondern aller Orts sich klemmt und aneckt, wenig gefruchtet haben. Die Regierung hat daher kurzerhand, am 30. März durch Order in Council, die Ausfuhr von Gold überhaupt verboten. So nahm sie mit der einen Hand dem Handel die Freiheit, die sie ihm mit der andern gegeben hatte. Interessant ist übrigens, daß die Regierung durch diesen Erlaß offiziell

sich dazu bekennt, daß eine Goldwährung in England nicht mehr existiert. Außer dem amerikanischen haben auch die andern Wechselkurse sich scharf gegen England gewandt.

Die offiziellen Sätze des Geldmarktes haben sich abgesehen von geringfügigen Schwankungen des Privatdiskonts auf ihrer alten Höhe gehalten. Auch der letztgenannte notierte Ende März wieder mit 3½ %. Der Umlauf an Papiergeld hat wieder stark zugenommen; Notstandsnoten haben eine Rekordhöhe erreicht und stehen mit 332,1 Mill. £ um 17,3 Mill. höher im Umlauf als am Schluß des Vormonats und der Banknotenumlauf hat sich um 4,8 Mill. auf 75,1 Mill. £ vermehrt. Freilich ist demgegenüber auch der Goldbestand um 3,3 Mill. £ gewachsen. Die andern Zahlen des Bankausweises haben sich nicht wesentlich verändert: öffentliche Depositen 32,7 Mill. £ (+ 5,9), private Depositen 123,3 (+ 3,6), Noten-Reserve 28,2 (— 1,5), Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichkeiten 18⅛ % gegen 20½ %.

An der Börse wurde der heimische Markt durch die Arbeiterfrage, der Markt an auswärtigen Werten durch die Schwankungen der Wechselkurse maßgebend beeinflußt. Das Geschäft war, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, ruhig; zu diesen gehören die Aktien der Gesellschaft für den Bau eines Tunnels durch den Ärmelkanal. Da die Regierung erklärte, diesem Plan kein Hindernis mehr in den Weg legen zu wollen, stiegen die Aktien fast auf das doppelte, behaupteten aber ihren höchsten Stand nicht. Ebenso stiegen die Aktien der Metropolitan Carriage, Wagon and Finance Co., da Ende März die Bedingungen veröffentlicht wurden, unter denen die schon lange geplante Fusion dieser mächtigen Gesellschaft mit Vickers Ltd. vor sich gehen sollte. Der im Entstehen begriffene Konzern der Maschinenbaubranche hat nunmehr ein Aktienkapital von 26½ Mill. £. Schwach waren russische Werte infolge des Bolschewismus, dagegen Japaner weiter fest infolge der Rückkäufe durch das Heimatland.

Gegen Ende März schöpfte die Börse neue Anregung aus der Befreiung des heimischen Kapitalmarktes von der Aufsicht der Regierung. Nachdem es noch vor wenigen Wochen den Anschein gehabt hatte, als solle diese Kontrolle noch längere Zeit aufrecht erhalten bleiben, hat Chamberlain als Schatzkanzler am 24. März erklärt, daß künftig das neue Komitee des Schatzamtes nur noch die Zulassung von Neuemissionen für ausländische Unternehmungen begutachten werde, während heimische von jeder Aufsicht durch die Regierung befreit sind.

*

Die Preisbewegung ist allgemein abwärts gerichtet. Dies gilt besonders von allen Nahrungsmitteln, mit Ausnahme von Kartoffeln, die scharf anziehen, ferner für alle Spinn- und Webwaren, sowie deren Rohstoffe. Der Markt in den letztgenannten Artikeln ist beinahe als deroutiert zu bezeichnen und eine Besserung nach dem „Economist" erst dann zu erwarten, wenn die jetzt blockierten Länder mit ihrer großen Nachfrage wieder als Käufer auftreten können. So wundern wir uns nicht, wenn wir hören, daß an dem Abbau der Rationierung rüstig gearbeitet wird, und man für Ende Mai eine Abschaffung der Zwangswirtschaft für die meisten Artikel erwartet und Ende Juli die Auflösung des Rationierungs-Ministeriums voraussieht. Was dann noch an Kontrollen nötig sein wird, soll durch andere Ministerien durchgeführt werden. Mineralien, insbesondere Eisen für den heimischen Bedarf, weisen eine Steigerung im Preise auf. Die Indexziffern des „Economist" v. 5. April zeigen für das verflossene Vierteljahr nachstehendes Bild:

	Getreide u. Fleisch	Andere Nahrungsmittel	Textilien	Mineralien	Verschiedenes	Zus.	Prozentsatz d. Veränderung
Durchschnittszahl d. Jahre 1901-1905	500	300	500	400	500	2200	100,0
Anfang Aug. 1914	563	355	642	491	572	2623	119,2
„ Jan. 1919	1303	782½	1805½	866	1337	6094	277,0
Ende Januar 1919	1287	782½	1618½	826	1335	5851	265,9
„ Febr. 1919	1288½	782½	1596½	818	1310½	5796	263,8
„ März 1919	1285	782½	1517	844½	1294	5723	260,1

Dr. Th. Plaut

Brasilien

Die Konjunktur für die Landeserzeugnisse — Hunger nach europäischen Fabrikaten — Schiffahrtslage — Industrieller und landwirtschaftlicher Fortschritt — Teuerung und Inflation

Bei der überragenden Bedeutung, die im brasilianischen Wirtschaftsleben noch immer dem Kaffee zukommt, pflegt die allgemeine Wirtschaftslage der ganzen Union wesentlich mit durch die Aussichten und die Gestaltung des Kaffeemarktes beeinflußt zu werden. Die starken Frostschäden vom vorigen Juni, derentwegen für die beiden nächsten Jahre mit sehr niedrigen Ernteergebnissen gerechnet werden muß, auf der anderen Seite die Behebung der Schiffsraumnot und der Wegfall von Beschränkungen der Einfuhr nach den kriegführenden Ländern geben dem brasilianischen Käffeemarkt ein zuversichtliches Gepräge. Den Anfang mit der Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen hat Nordamerika gemacht. Seinem Beispiel ist jetzt auch England gefolgt, indem es vorläufig bis zum 1. Mai ds. Js. die Einfuhr jeglicher Mengen von Kaffee zuläßt, jedoch, wie ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient, nicht etwa, um dem brasilianischen Bundesgenossen zu Gefallen zu sein, sondern einzig und allein in bewährter „Business as usual"-Politik, und zwar zur Ansammlung größerer Kaffeebestände in England, um von dort aus zu passender Zeit die neutralen Länder und vor allem Mitteleuropa mit Kaffee beliefern zu können, ein Manöver, das man übrigens auch in den Kreisen der brasilianischen und französischen Interessenten bereits hinlänglich durchschaut hat. Über Aussichten und Lage des Kaffeemarktes im einzelnen wird noch in einem weiteren Artikel zu berichten sein.

Etwas ungeklärter erscheint die Lage für den Kautschuk, das zweitwichtigste brasilianische Ausfuhrprodukt. Die Produktion belief sich im ersten Halbjahr 1918 auf nur 13114 t gegenüber einer Gesamterzeugung von 36930 t im Jahre 1917. Die Ausfuhr ist von 1917: 33980 t auf 27506 t im Jahre 1918 zurückgegangen. Viel Besorgnis macht den brasilianischen Pflanzern die Konkurrenz des ostasiatischen Plantagengummis, der bekanntlich gegenüber dem Erzeugnis des Amazonas-Tales den Vorzug größerer Reinheit und Verarbeitungsfertigkeit hat. Wie die zurzeit nicht eben hoffnungsfreudigen Dinge auf dem Kautschukmarkt sich im Laufe dieses Jahres entwickeln werden, bleibt vorerst abzuwarten.

Ähnlich günstig wie für Kaffee liegen die Verhältnisse für die übrigen hauptsächlichsten Stapelartikel Brasiliens, wie Kakao, Tabak, Häute, Felle usw. Die Nachfrage der europäischen und nordamerikanischen Märkte nach diesen Artikeln und die wieder leichteren Verschiffungsmöglichkeiten lassen eine baldige Normalisierung des Handels und Besserung der Preise erhoffen. Das kürzlich von der italienischen Regierung angeblich wegen Überfüllung der itali

enischen Märkte erlassene Verbot der Einfuhr brasilianischer Häute fällt praktisch nicht ins Gewicht, da von der brasilianischen Gesamtausfuhr an Häuten in Höhe von 32 497 t 1917 nur 545 t nach Italien gingen.

Was schließlich die erst im Kriege zur Geltung gekommenen Ausfuhrprodukte Brasiliens anlangt, so wird sich die Ausfuhr der vorwiegend für Kriegszwecke nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika exportierten Manganerze vermutlich vermindern. Dieser Ausfall wird jedoch reichlich aufgewogen werden können durch eine erhöhte Ausfuhr von Gefrierfleisch und landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Zucker, Bohnen, Reis, Mais, Mandiokamehl usw.

Wie die Ausfuhr wird auch die Einfuhr bald wieder in ein normales Gleis kommen. Trotz der hinsichtlich ihres Erfolges nicht zu unterschätzenden, heißen Bemühungen der Nordamerikaner, ihre durch den Krieg an der Ausfuhr gehinderten europäischen Konkurrenten nach Möglichkeit aus den brasilianischen Markt zu drängen, hält der Hunger nach europäischen Waren in Brasilien an. Besondere Nachfrage besteht für folgende Artikel: Landwirtschaftliche Geräte, chemische Produkte, Baumaterial, Artikel aus Steingut und Porzellan, Metallwaren aller Art, Jute und Hanf, Zuchtvieh, optische Artikel, Parfümerien, Farbstoffe usw., Eisenbahnmaterial, chirurgische und zahnärztliche Instrumente, Spielzeug, Wollwaren. In São Paulo ist außerdem dringender Bedarf an Zement. Die Steigerung der Einfuhr zwecks Wiederauffüllung der geräumten Läger kommt unmittelbar auch dem Fiskus zugute, da die Zölle auf obige Artikel großenteils „ad valorem" gehen und mithin mit wachsender Einfuhr und in Anbetracht der hohen Preise aller Güter auch die Staatseinnahmen entsprechend steigen.

Den besten Anreiz erhält der Außenhandel dadurch, daß sein Mittler, die Schiffahrt, jetzt wieder ungehindert in Tätigkeit treten kann und anscheinend zurzeit schon genügend Schiffsraum für die brasilianischen Handelsbedürfnisse zur Verfügung steht. Lloyd Brazileiro hat seine Europafahrten wieder aufgenommen. Weiter wird aus Washington gemeldet, daß das nordamerikanische Programm für den Bau von Handelsschiffen, das zum Teil bereits ausgeführt sein soll, von den insgesamt geplanten 25 Mill. Tonnen 8 Mill. für Lateinamerika vorsieht. Von dieser Ziffer sollen 3 bis 4 Mill. dem Schiffahrtsverkehr zwischen den U. S. A. und Brasilien vorbehalten sein, gegenüber 2½ Mill. Tonnen für Argentinien und 1 Mill. für Chile.

Gleichzeitig trachtet Brasilien danach, im Schiffahrtswesen möglichst selbständig zu werden. Man sucht dies zu erreichen durch Erweiterung der bestehenden und Anlage neuer Werften. Wie weit diese Bestrebungen von Erfolg gekrönt sein werden, ist einstweilen schwer zu sagen. Tatsache ist jedenfalls, daß sich in letzter Zeit in der Werftindustrie eine rege Tätigkeit bemerkbar macht. Auch der Bau von Holz- und Zementschiffen wird weiter ins Auge gefaßt.

Was sonst die brasilianische Industrie anbetrifft, so ist die im Lande weitestentwickelte, die Textilindustrie auf dem besten Wege, Brasilien inbezug auf Web- und Wirkstoffe vom Ausland unabhängig zu machen und sogar schon auf ausländischen Absatzgebieten in freien Wettbewerb zu treten, wie die vorjährigen erfolgreichen Ausstellungen in Buenos Aires und Montevideo bewiesen haben. Die planmäßig in Angriff genommene Erweiterung der inländischen Baumwollkulturen wird ihr die Möglichkeit zu noch größerem Aufschwunge geben. Von den zahlreichen industriellen Gründungen der Kriegszeit sind solche für Hut-, Schuh-, Leder-, Glas-, Chemikalien-, Seifen-, Konserven-, Biskuit- und Schokoladen-Fabrikation erwähnenswert. Allein im Staate São Paulo sollen seit Kriegsbeginn 323 neue Fabriken errichtet worden sein. Auch aus der Papierindustrie wurden letzthin weitere Neugründungen gemeldet. Im Kriegsarsenal zu Rio de Janeiro hat man ferner jetzt, laut „South American Journal" v. 22. 3., mit der Herstellung von Stahl begonnen. Nicht vergessen werden dürfen bei der Industrie endlich die an Zahl und Größe erheblichen Gefrierfleischwerke, die in ihrer Mehrheit im Staate Rio Grande do Sul angelegt wurden.

Der Hebung der Viehzucht und Veredelung des großen einheimischen Viehbestandes wird neuerdings durch größere Einfuhr hochwertiger Zuchttiere nähergetreten. Bei rationellem Zuchtbetrieb und vor allem Abstandnahme von dem während des Krieges an den Viehbeständen betriebenen, spekulativen Raubbau kann Brasilien sehr wohl in absehbarer Zeit neben Argentinien der wichtigste Fleischlieferant der Welt werden.

Die Landwirtschaft schließlich hat, seitdem man sich in allen Unionsstaaten endgültig der Polykultur zuwandte, eine ganz außerordentliche Entwicklung genommen. Aus allen Gegenden Brasiliens, insbesondere aber aus dem Süden häufen sich die Berichte über den Aufschwung und günstigen Stand der Feldbestellung. Im Staat Paraná beispielsweise rechnet man für das Jahr 1919 mit folgenden Ernten: Reis 30 000 t, Mais 15 000 t, Weizen 12 000 t, Kartoffeln 5000 t, Baumwolle 3000 t, Zucker 400 t. Rio Grande do Sul will jetzt außer seinen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch Linsen in großem Maßstabe nach Europa ausführen. Einen bedeutsamen Anteil an der Hebung des Ackerbaus haben die allerorten gegründeten Ausschüsse für die nationale landwirtschaftliche Produktion, die in Wort und Schrift Aufklärung verbreiten und durch Verteilung von Sämereien usw. dem Fortschritt die Wege zu ebnen suchen.

Wenn trotz des lebhaften Aufschwunges der einheimischen Industrie und Landwirtschaft eine allgemeine starke Teuerung besteht, so sind die Gründe dafür: erstens und hauptsächlich die außerordentliche Zunahme des Papiergeldumlaufs, insbesondere in den letzten drei Jahren; zweitens die Schwierigkeiten, während des Krieges die Bestände an Waren, für deren Bezug Brasilien auf das Ausland angewiesen ist, durch Einfuhr wieder zu ergänzen; drittens die durch die hohen ausländischen Preisgebote angespornte, übertriebene Ausfuhr von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs nach den Ententeländern; und endlich die spekulativen Machenschaften gewisser Handelskreise, die durch Aufkauf und Zurückhaltung der Waren ein gut Teil zur Hinauftreibung der Preise beitrugen. Bei Berücksichtigung der Ursachen der Teuerung wird man auch die seitens der Regierung zu ihrer Bekämpfung angeordneten Maßnahmen verstehen. So ist u. a. aller Zucker in Pernambuco und Campos für die Landesbedürfnisse beschlagnahmt worden. Außerdem wurden Höchstpreise für alle landwirtschaftlichen Produkte festgesetzt. Nur in obigem Zusammenhang ist auch die bei der gewaltig vermehrten Reiserzeugung sonst unverständliche Nachricht der „Agencia Americana" v. 2. 3. zu begreifen, derzufolge die Regierung ein Ausfuhrverbot für Reis erlassen hat. Es soll nicht verkannt werden, daß die Maßnahmen des „Commissariado da Alimentação Publica" — an Stelle des zurückgetretenen Leopoldo de Bulhões hat Dr. Vieira Souto jetzt den Posten eines Obersten Lebensmittelkommissars übernommen — bereits gewisse Erleichterungen der Lage geschaffen haben, immerhin bleibt ein rascher durchgreifender Erfolg einstweilen fraglich, da erfahrungsgemäß eine einmal bestehende Teuerung nur sehr langsam wieder abgebaut werden kann, und vor allem, weil die Regierung das Hauptübel, die ge-

waltige Notenzirkulation, zu beseitigen kaum in der Lage, wahrscheinlich nicht einmal Willens sein wird.

Die Kriterien der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage noch einmal kurz zusammengefaßt, ergibt sich folgendes Mosaik: Angeregt durch den Wegfall der kriegsnotwendigen Beschränkungen der Schiffahrt kommt der Außenhandel allmählich wieder in geregelte Bahnen. Gleichzeitig macht die Industrialisierung Fortschritte. Auch die Landwirtschaft befindet sich im Zustande wachsender Prosperität. Die trotzdem bestehende allgemeine Teuerung ist hauptsächlich auf die Inflation des Geldes, sowie auf spekulative Treibereien zurückzuführen und wird vermutlich noch einige Zeit anhalten. Im Interesse einer Verbilligung der Lebenshaltung ist baldiger Abbau der Papiergeldwirtschaft und eine Revision des ultraprotektionistischen Zollsystems dringend geboten, für deren Ausfälle in fiskalischer Hinsicht ein Ausgleich geschaffen werden könnte, indem man die Steuerpolitik auf breitere Grundlagen stellt, sei es durch Einführung einer bereits ernstlich in Erwägung gezogenen Einkommensteuer (bei der allerdings auf das für die wirtschaftliche Erschließung des Landes unentbehrliche Auslandskapital besondere Rücksicht genommen werden müßte), sei es durch Schaffung einer allgemeinen Grundsteuer.

Dr. Ed. Dannemann

Die Südafrikanische Union

Der Kampf für die Unabhängigkeit — Arbeiterschwierigkeiten — Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie — Die Industrialisierung

Über die schwere politische Krisis in der Südafrikanischen Union haben wir zuletzt im August vorigen Jahres (1918 S. 727) berichtet. Die Nationalisten unter Führung von Hertzog streben an, Südafrika entweder ganz von England unabhängig zu machen oder doch ihm eine völlig unabhängige Verwaltung zu schaffen. Wenn diese Bestrebungen nach dem Mißerfolge der deutschen Waffen sich auch abschwächten, bekamen sie doch wieder eine starke Anregung durch die Fernwirkung der Friedenskonferenz. Sympathietelegramme wurden an Wilson gesandt mit der Bitte, bei der Beratung der Selbstbestimmung der Völker auch die Wünsche von Südafrika zu berücksichtigen. Die Ernennung von Lord Milner zum Colonial Secretary wurde in Südafrika meist ungünstig interpretiert, denn dieser galt als Vertreter der Jingo-Politik der heimischen Regierung. Wenn auch der Colonial Secretary mit der Union von Südafrika direkt nichts zu tun hat, so sah man seine Ernennung als symptomatisch an, so daß die nationalistische Bewegung noch weiter gestärkt wurde. Diese erreichte dann ihren Höhepunkt mit einer großen Versammlung von Deputierten aller Provinzen in Bloemfontein am 16. 1. 19, bei der man einen Ausflug zum Women Concentration Camp Memorial und zu Steyn's Grab machte. Man beschloß, eine Deputation nach Europa zu senden, zwei Abgeordnete für jede Provinz, darunter Hertzog und de Wet. 10 000 £ wurden für die Unkosten dieser Reise bereit gestellt. Zuerst verbot die Regierung die Abreise von De Wet als Gesandten des Oranje-Freistaates und von Grobler als Gesandten von Transvaal, weil diese noch unter bestimmten Aufsichtsbestimmungen standen, die nicht so rasch aufgehoben werden könnten. Die Hauptführer der Gesandtschaft blieben Hertzog und Dr. Malan, der Herausgeber von „De Burger". Die Gesandten wollten mit der „Durham Castle" reisen, deren Mannschaft sich aber weigerte, mit „Verrätern" an Bord abzufahren. Auch die Abreise mit dem portugiesischen Dampfer „Africa" zerschlug sich, und endlich stellte am 17. Februar der Admiral der Cape Station das Kriegsschiff „Minerva" für die Überfahrt zur Verfügung. Am 26. Februar wurde gemeldet, daß die Unterkunft auf der „Minerva" so schlecht sei, daß die Abgeordneten auf die Fahrt damit verzichtet hätten. Sie sind dann nach den Vereinigten Staaten gereist, um von dort Europa zu erreichen. Es scheint aber, daß man sich nicht viel von der Reise verspricht. Denn eine Eingabe der Nationalisten an den König, in dem sie die Unabhängigkeit von Südafrika forderten, war vom Könige den Ministern überwiesen worden, welche durch den Generalgouverneur erklären ließen, daß sie über südafrikanische Angelegenheiten nur mit dem südafrikanischen Ministerium und Parlament verkehren würden. Außerdem scheint den Abgeordneten angedeutet zu sein, daß auch auf der Friedenskonferenz man nie mit Einzelteilen des englischen Imperiums verhandeln würde. Es ist also wahrscheinlich, daß sie weder in London noch in Paris zu Worte kommen werden.

Im Südafrikanischen Parlament hat man 12 Tage lang über die Frage der Unabhängigkeit und den Republikanismus debattiert. 75 Redner sind dabei zu Worte gekomen, bis man endlich am 1. März mit 78 gegen 24 Stimmen folgende Entschließung des Stellvertretenden Premierministers annahm: „Das Haus, welches alle konstitutionelle Entwickelung willkommen heißt, welche die Union im vollsten Sinne zu einem selbstregierenden Dominion macht, verdammt nachdrücklich die augenblickliche Agitation für die Zerreißung der Union und die Trennung der Verbindung zwischen Südafrika und England. Es lehnt ebenso alle Versuche ab, das Einschreiten einer äußeren Macht anzurufen. Das Haus wünscht seine Meinung bekanntzugeben, daß, ungeachtet aller Beteuerung des Gegenteiles, diese Agitation die fundamentalen Grundsätze der Konstitution, welche in der South-Africa-Act niedergelegt sind, umstürzen würde, einem Vertrag, der von der Bevölkerung Südafrikas frei entworfen und angenommen ist. Das Haus verkündet, daß diese Agitation gegen die wahren Interessen von Südafrika ist und bei ihrer Fortsetzung unvermeidlich zu einem Zustande von Unruhe und Rassenverhetzung führen muß, durch welche bürgerliche Streitigkeiten leicht erzeugt werden können."

Die Nationalisten hatten die Abwesenheit von Botha und Smuts in Europa zu einem neuen Vorstoß benutzen wollen, aber die englischen und holländischen Unionisten haben einstweilen gesiegt. Die lange Debatte hat die Engländer und die South-Africa-Party wieder gestärkt, sie hat gezeigt, daß die republikanische Bewegung direkt auf die Zerstückelung der Union hinsteuerte, was bisher viele theoretische Republikaner noch nicht hatten einsehen wollen.

Aber nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern auch andere Probleme Europas machen ihre Einflüsse in Südafrika geltend. Die Arbeiterverhältnisse sind nicht günstig. Wenn darin auch der Krieg wohl Einfluß gehabt haben mag, so hat doch mehr die sehr schwer aufgetretene Grippe-Epidemie Lücken in die Zahl der Arbeiter gerissen, die besonders unter den Farbigen viele Opfer forderte und viele zum Verlassen des Dienstes veranlaßte. In Transvaal gestalteten sich die Verhältnisse wie folgt:

Ende des Jahres	Arbeiter in			Summe
	Goldminen	Kohlenminen	Diamantenminen	
1913.....	150 102	9 516	11 811	171 428
1914.....	164 012	8 704	—	172 716
1915.....	209 438	9 309	132	218 879
1916.....	191 547	11 487	5 194	208 228
1917.....	172 740	11 695	4 593	189 028
1918.....	152 606	11 851	4 593	169 050

Die Hauptabnahme ist im November und Dezember vorigen Jahres erfolgt. Im übrigen zeigt das Fallen und Steigen der Zahl von farbigen Arbeitern, auf welche Betriebe man im Kriege das größte Gewicht gelegt hat. Diamanten wurden gegenüber Kohlen vernachlässigt.

In Transvaal hat die Arbeiterbewegung weite Kreise gezogen. Nach zwölfmonatlichem Verhandeln nahm Anfang Februar endlich die Miners-Union die Vorschläge der Minenkammer an, nach denen je Schicht ein Minimum von 1 £ zuzüglich von „contract rates" bezahlt wird. Die Miners-Union hat aber beschlossen, den in den Ausstand getretenen Ingenieuren und Bauhandwerkern ihre Unterstützung zu geben. Die Angestellten der städtischen elektrischen Bahn in Pretoria haben Anfang März gestreikt, zugleich streikten eine Anzahl von Ingenieuren, wobei es nur mit Mühe gelang, die Pumpstation des städtischen Wasserwerkes in Betrieb zu halten. In Johannesburg bemühten sich die Architekten, einen Ausstand der Bauhandwerker beizulegen, für den die South African Industrial Federation Streikgelder von 5 s je Kopf in ganz Südafrika einsammelte. Die Bank Officials Society hat eine Anzahl von Minimalforderungen bekanntgegeben; die Angestellten der National Bank erhalten 10 % Zulage. Die Barbiere haben einen Lohn von 6 £ die Woche erhalten, weshalb die Preise in ihren Geschäften verdoppelt wurden. Die Bäcker, Barkeeper und Kellner verlangen ebenfalls Lohnerhöhungen. Endlich fordern die Minenarbeiter einen achtstündigen Arbeitstag und in der Woche nur fünf Arbeitstage. In Bloemfontein mußten am 3. März die Polizisten mit den Waffen gegen Farbige vorgehen, welche einen Aufruhr bei Gelegenheit von Lohnforderungen machten. In Pretoria machte die Munizipalität den Versuch, den Streik durch das Angebot einer Arbeitswoche von 48 Stunden und die Einsetzung einer Kommission für die Lohnfragen beizulegen. Der Vorschlag wurde aber am 8. März von den Arbeitern abgelehnt. Zu gleicher Zeit beschloß die National-Exekutive, das nationale Organisations-Komitee der South African Labour Party, die Billigung der Bestrebungen, in ganz Südafrika die Arbeitszeiten herabzusetzen. Die Zusammenhänge der Arbeiterbewegung mit der nationalistischen werden am besten gekennzeichnet durch die Aufforderung der nationalistischen Zeitungen an die holländischen Soldaten, nicht auf die Streikenden zu schießen.

Zur Vermittlung schlug die Society of Comrades of the Great War vor, eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu berufen, um die Differenzen in Pretoria und Johannesburg zu klären. Die Regierung griff die Idee auf und regte die Bildung einer entsprechend zusammengesetzten unpolitischen „Industrial Commission" an, ob mit Erfolg, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls wird eine Klärung über die Gesamthaltung der Arbeiterschaft erst am 5. Mai erfolgen, da für diesen Tag von der South African Industrial Federation eine Versammlung aller Trade-Unions Südafrikas nach Bloemfield einberufen ist.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse durch den Ausbruch des Generalstreiks in Johannesburg Ende März noch schärfer zugespitzt. Die Stadt war ohne Licht und Verkehr. Im Stadtrate entfaltete man die rote Fahne. Man verlangte Kontrolle durch einen Joint Board of Councillors and Workmen. Russische Agitatoren sollen an der Arbeit gewesen sein. Der Verteidigungs- und der Justizminister sahen sich am 3. April zur Reise nach dem Rand veranlaßt. Nach Telegrammen verlautet zwar Mitte April, daß der Generalstreik beigelegt werden könnte, aber es scheint doch nach allem, daß das ins Rollen gekommene Rad der Arbeiterbewegung in Südafrika ebensowenig mehr sich aufhalten läßt wie in anderen Ländern. Es kommt hinzu, daß auch die Eingeborenen unruhig werden, höhere Löhne verlangen und die Abschaffung des Paß-Gesetzes fordern. Sie werden durch die streikenden Europäer in ihren Bestrebungen unterstützt.

Die Verteuerung der Lebenshaltung, die sich allerdings mit der unserigen nicht im entferntesten vergleichen läßt, der Einfluß des Krieges, das Echo der Umwälzungen in Europa, die Influenza-Epidemie schaffen zusammen auch in Südafrika eine Atmosphäre, welche die Gemüter beunruhigt, und welche die Vorahnung kommender Ereignisse gibt. Infolge der Teuerung haben die Bahnfrachten vom 1. Januar ab fast allgemein um 10 % erhöht werden müssen, mit Ausnahme von Kohlen auf Entfernungen unter 500 miles. Daß unter den Verhältnissen die Kosten der Goldindustrie sich ungünstig verändert haben, wurde schon früher erwähnt.

Die Sozialdemokratie von Südafrika, Labour Party, deren Führer Kentridge und parlamentarischer Sprecher Cresswell sind, stellen ein Programm auf, das von dem ihrer europäischen Freunde nicht viel abweicht. Die „Cape Times" v. 13. 12. 18 berichten darüber aus dem Memorandum, welches Kentridge der Versammlung der südafrikanischen Partei am 25. 12. vorlegen wollte, folgendes: Er stellt fest, daß die meisten ihrer Reformvorschläge durchaus verträglich seien mit der heutigen Gesellschaftsordnung. Nichtsdestoweniger aber müßten sie offen für die Errichtung eines sozialistischen Staates kämpfen. Für das unmittelbare Aktionsprogramm wurden nachstehende Punkte vorgeschlagen:

> Die Industrie muß sich so entwickeln, daß sie die Erträge dem Volke sichert; die nationale und munizipale Industrie soll ebenso entwickelt werden wie die Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter; der Staat soll alle unbenutzten und unbearbeiteten Produktionsmittel an sich nehmen; die Besteuerung soll auf direktem Wege erfolgen und zwar in bezug auf den unveredelten Wert von allen Mineralien, ländlichem und städtischem Land; eine gestaffelte Einkommensteuer soll Einkommen bis zu 500 £ freilassen. Der Landbesitz und die Industrien der Eingeborenen sollen auf genossenschaftlicher Basis entwickelt werden im Interesse der Eingeborenen. Den Eingeborenen soll auf jede Weise erleichtert werden, in ihren Bezirken sitzen zu bleiben, so daß sie freie Entwickelungsmöglichkeiten durch die Errichtung von Native Counsels haben. Die Eingeborenen, welche in europäischen Bezirken bleiben, sollen Advisory Counsels bekommen. Die Einfuhr von Kontrakt-Arbeitern soll verboten werden ebenso wie das heutige System von Kontrakt- (indentured) Arbeit. Als Staatspflicht gegen die Bürger sollen angemessene Pensionen für zurückgekehrte und invalide Soldaten und ihren Anhang, für alte Leute, für Kranke und Arbeitslose geschaffen werden. Eine allgemeine Erniedrigung der Arbeitszeit zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit soll stattfinden.

Weil Südafrika in der Industrialisierung sehr weit fortgeschritten ist, muß jedenfalls die Regierung auf die Forderungen der Arbeiter große Rücksicht nehmen. Nach einer Zusammenstellung des Direktors des Statistischen Amts waren Ende 1917 in Südafrika rund 51 Millionen £ in Industrien, außer in den Minen und Eisenbahnen, investiert. Es gab damals in Südafrika 5305 industrielle Unternehmungen, von denen rund die Hälfte seit 1910 entstanden sind. 1915/16 wurden 395, 1916/17 427 neu errichtet. Die bemerkenswerteste Entwickelung fand in der Müllerei statt, von der 121 in den letzten zwei Jahren neu aufkamen (an Metall- und verwandten

Werken 90, Fahrrad- und Auto-Reparaturwerke 59). Etwa ein Sechstel des Kapitals ist in der Kaphalbinsel investiert.

Der industrielle Anteil der Kaphalbinsel läßt sich für die wichtigsten Industriezweige aus folgender Übersicht erkennen:

	Union	Kaphalbinsel
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak...	17 195 330 £	3 489 390 £
Feuerung, Licht, Kraft.....	12 962 308 „	1 241 116 „
Chemikalien, Drogen, Farben, Firnis	6 671 667 „	378 001 „
Metall, Ingenieurwesen, Maschinen .	4 863 532 „	1 089 449 „
Steine, Thon usw.....	2 067 442 „	69 416 „
Bücher, Druckerei.....	1 919 687 £	626 060 £
Holzarbeit.....	1 101 221 „	380 542 „
Lederarbeit	1 030 332 „	289 284 „

1916/17 vermehrte sich der Wert der in der industriellen Produktion benutzten südafrikanischen Materialien von 10 024 773 £ auf 13 731 251 £. Diese Vermehrung um 36,9 % wird allerdings wohl mehr auf die gesteigerten Preise als auf erhöhte Mengen zurückzuführen sein. Außersüdafrikanische Materialien vermehrten sich um 16 %. Heute soll rund die Hälfte des Wertes der in der Industrie (außer Minen und Bahnen) benutzten Stoffe südafrikanischer Herkunft sein („South Africa" v. 22. 3. 19).

F. Stuhlmann

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Während die österreichische Krone eine leichte Besserung aufweist, schreitet die Entwertung der Reichsmark fort. Das Pfund Sterling findet auch weiter eine höhere Bewertung. Der Franken hat an den nordischen Plätzen etwas eingebüßt. Der Dollarkurs hat sich wieder erholt.

Kurs der Reichsmark

	9. 4.	10. 4.	11. 4.	12. 4.	14. 4.	15. 4.	gegen Münzpari am 15. bzw. 14. 4
Zürich	—,—	38.25	38,25	37,50	38,25	37,25	— 69,83
Amsterdam .	19,25	19,40	19,40	19,40	18,—	18,70	— 68,44
Stockholm..	30,—	30,50	30,25	29,25	29,25	29,25	— 67,09
Kopenhagen	32,—	32,50	32,25	31.25	32,—	31,25	— 64,85
Kristiania...	31,75	—,—	—,—	31,25	30,75	30,50	— 65,57

Kurs der deutsch-österreichischen Krone

	9. 4.	10. 4.	11. 4.	12. 4.	14. 4.	15. 4.	gegen Münzpari am 15. bzw. 14. 4.
Zürich	—,—	17,75	18,—	18,25	19,—	19,25	— 81,69
Amsterdam .	9,05	9,10	9,—	9,10	9,—	9,40	— 81,35

Kurs des Pfund Sterling

	9. 4.	10. 4.	11. 4.	12. 4.	14. 4.	15. 4.	gegen Münzpari am 15. bzw. 14.
Zürich	—,—	23,—	23,03	23,—	23,04	23,02	— 8.72
Amsterdam .	11,55	11,54½	11,54	11,54½	11,57	11,59	— 4.38
Stockholm..	17,40	—,—	17,42	17,48	17,48	17,48	— 3.74
Kopenhagen	18,59	18,54	18,53	18,56	18,58	18,59	+ 0,24
Kristiania...	18,05	—,—	—,—	18,08	18,10	18,12	— 0,02

Kurs des französischen Franken

	9. 4.	10. 4.	11. 4.	12. 4.	14. 4.	15. 4.	gegen Münzpari am 15. bzw. 14. 4.
Zürich	—,—	82,30	82,20	81,90	82,30	82,75	— 17.25
Amsterdam .	41,475	41,50	41,45	41,50	41,75	41,25	— 13.64
Stockholm..	63,25	63,25	63,—	63,—	63.—	62.75	— 14,93
Kopenhagen	68,—	67,35	67,25	66,75	66,25	66,50	— 7,64
Kristiania ..	65,50	—,—	—,—	65,50	65,90	65,—	— 9,72

Kurs des Dollar

	9. 4.	10. 4.	11. 4.	12. 4.	14. 4.	15. 4.	gegen Münzpari am 15. bzw. 14. 4
Zürich	—,—	492,—	496,—	495,—	495,—	495,—	— 4,49
Amsterdam .	248,—	247,38	247,50	247,38	248 25	248,75	— 0.00
Stockholm..	376,—	—,—	—,—	377,—	377,—	—,—	— 0,10
Kopenhagen	400,—	—,—	—,—	399,50	400,—	—,—	+ 7,19
Kristiania .	389,—	—,—	—,—	390,—	390,—	390,—	+ 4,52

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	1. 4.	10. 4.
Alexandrien	97 7/16 pari	97 3/8 pari
Bomb./Kalk.....	1 s 6 d—1 s 6 1/16 d	1 s 6 d—1 s 6 1/16 d
Hongkong	3 s 3 d	3 s 3 1/2 d
Shanghai	4 s 9 d	4 s 9 1/2 d
Singapore	2 s 3 15/16 d—2 s 4 1/16 d	2 s 4 1/32 d—2 s 4 5/32 d
Yokohama.....	2 s 1 3/4 d—2 s 2 1/4 d	2 s 2 3/8 d—2 s 2 5/8 d
Montevideo T.T.....	60 1/4 d—61 1/4 d	60 d—61 d
Rio de Janeiro.....	13 5/16 d	13 15/32 d
Bs. Aires T.T.	51 1/2 d—51 5/2 d	51 1/2 d—52 d
Valparaiso 90 T.....	10 1/32 d	10 13/32 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die „Deutsche Allg. Zeitung" (Nr. 191 vom 20. 4.) tritt Nachrichten entgegen, daß der Umlauf gefälschter Banknoten sich erheblich im Umfange vermehrt habe. Insbesondere habe sich das Gerücht, die Fälschungen seien russischen Ursprungs, bisher in keinem Falle bewahrheitet.

Um es den Banken und Geldwechslern in den besetzten Gebieten zu ermöglichen, dem Umwechselungsbedürfnis auf gesetzlichem Wege nachzukommen, ist die Freigrenze für die Umwechselung von ausländischen Geldsorten gegen deutsche Geldsorten von 1000 ℳ auf 10 000 ℳ pro Tag und Person erhöht worden und zwar für das ganze Reich. Für die Umwechselung deutscher Zahlungsmittel in ausländische Zahlungsmittel bleibt es bei der bisherigen Grenze von 1000 ℳ.

Die Art, wie Frankreich schon jetzt über die deutsche Saarkohle in völkerrechtswidriger Weise verfügt, schädigt die deutsche Valuta aufs schwerste. Die französischen Behörden schreiben die den Saargruben entnommene Kohle der Bergwerksdirektion zu nur 40 ℳ die t gut und verkaufen sie mit großem Zwischengewinn zu 60—80 frs in Frankreich, zu 50 frs in Elsaß-Lothringen und zu 90—120 frs in der Schweiz („Frankf. Zeitung" Nr. 264 v. 8. 4.)

Die Höchstziffer der Notenausgabe für die Bank von Algier wurde von 1000 auf 1100 Mill. frs erhöht („Frankf. Ztg." Nr. 257 v. 5. 4.)

Das Schatzamt der Vereinigten Staaten sandte für 500 Mill. $ Banknoten nach Frankreich, um den heimkehrenden amerikanischen Soldaten Gelegenheit zu geben, Frankennoten vor der Abreise umzuwechseln („Frankf. Ztg." Nr. 257 v. 5. 4.)

Ein englisches Goldausfuhrverbot, das ja tatsächlich schon lange besteht, ist nun auch formell als „Order in Council" erlassen worden. („Frankf. Ztg." Nr. 259 v. 6. 4.)

Der schwedische Reichstag hat den König gesetzlich ermächtigt, in bestimmten Fällen die Grenze für den Notenumlauf zu erweitern. („Frankf. Ztg." Nr. 263 v. 8. 4.)

Die lettländische vorläufige Regierung hat den Druck eigener Staatskassenscheine in Höhe von insgesamt 25 Mill. Rubel angeordnet. Unter diesen Scheinen befinden sich solche in Stückelung von 1, 3 und 5 Kopeken und im Höchstwert von 500 Rubeln. An der Libauer Börse wird der lettländische Rubel mit 30—40 Kopeken bewertet. („Frankf. Ztg." Nr. 284 v. 15. 4.)

Der Goldvorrat, über den die russische Sowjetregierung in Amerika verfügt, beträgt nach New Yorker Blättern 27,2 Mill. Dollar. Hierzu kommen noch 125 Mill. Dollar, die bei den Banken beschlagnahmt wurden. („Frankf. Ztg." Nr. 267 v. 9. 4.)

Staatsanleihen

Der deutsch-österreichische Staatssekretär der Finanzen wurde von der Nationalversammlung ermächtigt, zwecks Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel für Bezahlung der Lebensmittelbezüge aus dem Ausland eine Anleihe in Schuldverschreibungen bis 30 Mill. $ oder im entsprechenden Betrag in anderer ausländischer Währung aufzunehmen und zur Sicherstellung dieser Anleihe einen angemessenen Teil auf das im Gebiet Deutsch-Österreichs gelegene unbewegliche Staatseigentum zu verpfänden. Die vom Staatssekretär auf Grund der vorherigen Ermächtigung bei einem deutschen Bankenkonsortium gegen Begebung von Schatzwechseln aufgenommenen Anleihen im Betrag von 200 Mill. ℳ wurden als Verpflichtung des Staats Deutsch-Österreichs anerkannt. („F. Z." 28. 3.)

Nach einer Zusammenstellung der russischen Handelskammer in Paris hat Rußland an Vorschüssen erhalten: von England 568 Mill. £, von Frankreich 3490 Mill. fr.,

wovon $^2/_3$ zu Zinszahlungen während des Kriegs dienten. Daneben hat die französische Regierung der Bank von Frankreich eine Ausfallgarantie von 500 Mill. fr Vorschüssen an Rußland gewährt. Andererseits sandte Rußland erhebliche Beträge Gold nach London und den Vereinigten Staaten. Dazu kommen die von Rußland in den Vereinigten Staaten aufgenommenen Anleihen in Höhe von 325 Mill. $ sowie die Vorkriegsschulden in Höhe von 8,5 Milliarden Rubel. („F. Z." 22. 3.)

In Holland wird vom „Telegraaf" die Gewährung einer Anleihe an Deutschland seitens Holland sowie einiger anderer neutraler Staaten vorgeschlagen, natürlich gegen genügende Pfänder zur Deckung der Tilgung und der Rente. („D. A. Z." 28. 3.)

Nach amtlicher Mitteilung belaufen sich die gesamten italienischen Kriegskosten auf etwa 67 Milliarden Lire. England und Amerika haben zusammen rund 15,5 Milliarden fr geliehen, die zu Pari in Liren in das Budget eingestellt wurden. Man bemüht sich in Italien, die beiden reichen verbündeten Gläubiger zu veranlassen, dem armen Schuldner die Rückzahlung der Anleihen ganz oder doch zum größten Teil zu erlassen. Von den in Italien aufgebrachten Kapitalien ist noch nicht die Hälfte durch feste Anleihen gedeckt, und diese sind bis auf einen Betrag von 1,5 Milliarden rückzahlbarer Titel in 5 %igen Konsols aufgebracht. („F. Z." 25. 3.)

Nach Mitteilung aus Washington meldet „South American Journal" (London) vom 22. 3., daß Präsident Carranza, der sich jüngst an J. P. Morgan & Co. wegen einer Anleihe zwecks Wiederaufrichtung der mexikanischen Finanzen wandte, den Bescheid erhielt, daß eine Gruppe von englischen, französischen und amerikanischen Bankiers die geforderten Gelder beschaffen würde, falls die Gewähr für Rückzahlung in Form von Steuern geleistet und eine Aufstellung erteilt würde, wonach Mexiko einen Teil der rückständigen Zinsen der bisherigen auswärtigen Anleihen zurückzahlen könnte.

Die Verhandlungen des mexikanischen Finanzdelegierten Rafael Nieto in New York befaßten sich nicht nur mit der Umwandlung der Auslandsschulden, sondern auch mit der Entrichtung der Verbindlichkeiten der mexikanischen Regierung gegenüber den Bahngesellschaften und der Wiederherausgabe der Bahnen. Ferner wurden Abmachungen mit dem Bankhaus Speyer betreffs der Darlehenskasse zur Förderung der mexikanischen Landwirtschaft getroffen. („Fin. News" 17. 2.)

Nach einer Reutermeldung gestattete die britische Regierung unter gewissen Bedingungen die Teilnahme einer britischen Finanzgruppe am neuen Konsortium zur Finanzierung von Anleihen in China. Durch das neue Konsortium werden alle finanziellen und kaufmännischen Konzessionen in China zu einem gemeinsamen Unternehmen vereinigt und auf die in Betracht kommenden alliierten Nationen aufgeteilt werden. („H. N." 27. 3.)

Da die Schweiz den Widerstand der Entente gegen die Rückzahlung der an Deutschland gewährten Valutaanleihen nicht überwinden konnte, hat sie neue Vorschläge gemacht, wobei es sich um Vereinbarungen handelt, die ausschließlich im Bereich der schweizerischen Hoheitsrechte liegen. Trotzdem sollen sich neue Meinungsverschiedenheiten mit der Entente ergeben haben. („F. Z." 4. 4.)

Der niederländische Finanzminister hat eine weitere (sechste) Krisisanleihe von 400 Mill. fl angekündigt. Die Krisisschulden würden dadurch auf über 1500 Mill. fl steigen. („Nachr." 28. 3.)

Auf die neue Anleihe der Stadt Kristiania von 20 Mill. Kr sind bis Zeichnungsschluß nur 18,3 Mill. Kr gezeichnet worden. („F. Z." 2. 4.)

Ende Februar betrug die konsolidierte belgische Staatsschuld 4158 Mill. fr. Die Vorschüsse der Alliierten beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf 2171 Mill. fr von Frankreich, 78,6 Mill. £ von England, 250 Mill. $ von den Vereinigten Staaten. Auf Grundlage eines Pfundkurses von 25 fr und eines Dollarkurses von 5 fr beläuft sich der Gesamtbetrag der belgischen Auslandsschuld auf 12 963 Mill. fr. („Inf." 28. 3.)

Lt. „Ag. Ec. et Fin." vom 15. 3. soll der spanische Gesandte in Brüssel bei der spanischen Regierung die Ausgabe einer belgischen Anleihe von 1 Milliarde Pesetas durchgesetzt haben.

Die englischen Kriegsdarlehen an Rußland belaufen sich bis zum Eintritt der Bolschewistenherrschaft auf 560 Mill. £. Die Kredite der Vereinigten Staaten an Rußland betragen 65 Mill. £, auf die jedoch nur 35,2 Mill. £ ausgezahlt sind, da bei Zuspitzung der russischen Verhältnisse die Union die Zahlung weiterer Gelder einstellte. („Inf." 27. 3.)

Im letzten Ausweis des amerikanischen Schatzamts ist ein Gesamtkredit von 325 Mill. $ an Rußland verzeichnet, von denen lt. „Comm. & Fin. Chron." vom 1. 3. ein erheblicher Betrag zur Zahlung der Zinsen auf innere russische Anleihen verwandt wurde.

Die Regierung von Uruguay beabsichtigt, 3 Mill. Pesos 6½ %ige innere Konversionsanleihe auszugeben, um den Fehlbetrag des letzten Rechnungsjahres in Höhe von 2,6 Mill. $ zu decken. („W.-Vbd. f. Süd- und Mittelamerika" 28. 2.)

Jahresergebnisse deutscher Aktiengesellschaften 1917/18 bzw. 1918

Namen Ort	Rechnungsjahr endend	Aktien-Kapital	Vorrechts-Anleihen Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial-Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vortrag	Abschreibungen Summe in 1000 M.	Abschreibungen in % vom Wert	Reingewinn (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7+8) in % v. Spalte 3—6	Dividenden 17/18	16/17	15/16	14/15	13/14
		in 1000 M.												
1	2	3	4	5	6	7		8	9	10	11	12	13	14
Hochseef. Nordstern A.-G., Geestemünde	31. 12.	1 200	—	190	13	23	4	112	10,28	8	12	12	12	12
Kohlenberg & Putz, Seefischerei A. G., Geestemünde	31. 12.	1 300	—	64	101	23	6,27	162	11,12	7	9	15	10	4
Anhaltische Kohlenwerke, Halle	31. 12.	[1]13000	7 459	2 160	43	1 475	9,35	1 417	12,77	Vorz. 6 Stamm 10	6 15	6 11	6 9	4 8
Arenberg'sche Act. G. f. Bergbau und Hüttenbetrieb, Essen	31. 12.	14 000	29 578	6 575	424	2 150	4,38	2 255	8,86	15	30	25	22	17
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke	31. 12.	10 960	2 878	1 524	3 087	1 281	1,98	2 054	18,07	15	15	12	12	12
Eisenhüttenwerk Thale A.-G	31. 12.	7 500	2 659	2 854	1 521	605	26,69	3 096	21,30	[2]) 25	26	26	26	16
Hüttenw. C. W. Kayser & Co. A.-G., Berlin	30. 9.	4 000	48	469	124	163	3,75	580	16,01	10	15	15	15	10
A.-G. der Gerresheimer Glashüttenwerke	31. 12.	9 000	2 632	2 313	1 220	821	13,16	1 667	16,41	14	14	14	10	8
Deutsche Salpeterwerke Fölsch & Martin Nachflg. A.-G., Hamburg	31. 12. 1917	11 634	—	720	25 859	2 930	10,—	4 179	10,93	6	6	6	0	0
Hohlglashüttenwerke E. Wetter A.-G., Unternenbrunn	31. 12.	1 000	144	53	155	39	10,23	229	19,82	?	25	?	10	8
Kaliwerk Krügershall, Halle	31. 12.	8 000	2 323	604	304	662	11,01	1 292	24,33	12	12	8	4	4
Merk'sche Guano u. Phosphatw. A.-G., Hbg	31. 12.	2 500	1 945	250	51	265	7,12	291	11,72	8	6	5	5	0
Schlesische A.-G. für Portland Zementfabrik zu Groschawitz	31. 12.	7 700	—	2 331	83	1 200	16,24	664	6,56	8	10	7	4	6
H. B. Sloman & Co., Salpeterw., Hamburg	31. 12.	16 320	—	2 652	1 861	256	3,84	2 984	15,55	20	20	20	15	15
Steingutfabrik Colditz A.-G.	31. 12.	1 600	425	140	53	136	11,41	471	27,37	?	20	12	8	6

[1]) Vorzugsakt. 3, Stamm 10 Mill. M. [2]) Ferner Bonus in Kriegsanleihe nominell als Dividende von 16⅔ %.

Namen Ort	Rechnungsjahr endend	Aktien-Kapital	Vorrechts-Anleihen Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial-Reserve	Sonstige Rückl. u. Vortrag	Abschreibungen Summe in 1000 ℳ	Abschreibungen in % vom Wert	Reingewinn nach Abschreibungen in 1000 ℳ	Rentabilität (7–8) in % v. Spalte 3–6	Dividenden 17/18	16/17	15/16	14/15	13/14
		in 1000 ℳ												
1	2	3	4	5	6	7		8	9	10	11	12	13	14
Ver. Speyerer Ziegelwerke A.-G. Speyer-Mannheim	31. 10.	2 000	1 426	—	79	53	1,64	55	1,57	0	0	0	0	0
Metallw. A.-G. vorm. Luckau & Steffen Hbg.	31. 12	2 000	—	511	724	197	16,71	406	12,55	20	20	16	8	0
Linke-Hofmann-Werke A.-G. Breslau	31. 12	[3]19300	5 525	9 482	2 489	1 623	10,21	5 886	15,95	Vorz 4½ St. 24	4½ 24	4½ 24	4½ 14	4½ 7
Hannoversche Waggonfabrik A.-G.	30. 9	3 750	1 762	1 055	255	894	18,92	946	27,76	25	30	30	30	20
A.-G. „Neptun", Schiffswerft, Rostock	31. 12	3 000	938	832	436	695	14,38	750	27,76	10	10	6	6	6
G. Seebeck A.-G. Schiffsw., Geestemünde	30. 6.	[4]3 328	2 146	400	400	639	10,18	812	12,27	12½	12½	10	8	—
Telephon-Fab. vorm. J. Berliner, Hannover	30. 6.	[5]7 500	975	2 782	944	644	24,40	706	12 55	10	25	25	18	10
Elektrizitätsw. Berggeist A.-G., Bruchsahl	30. 6.	4 000	7 796	132	7 757	1 015	5,57	172	0,87	4	4	4	4	4
„Union" Fabrik chemischer Produkte	30. 9.	8 400	—	2 201	3 115	528	16,63	586	8,12	7	7	10	10	10
A.-G. für chemische Produkte vormals Scheidemandel, Berlin	30. 9.	11 000	1 832	1 100	5 837	—	—	2 097	10,61	15	20	12	6	—
Bremen-Besigheimer Ölfabriken	31. 12	10 000	2 480	5 030	570	806	7,18	1 996	11,04	15	15	15	18	18
Deutsche Petroleum-A.-G., Berlin	30. 9.	35 000	—	1 407	—	—	—	5 513	15,13	?	8	8	8	8
Baumwollspinnerei Kolbermoor	31. 12	2 000	1 313	766	643	255	6,44	331	11,84	12	12	9	9	7
Bremer Woll-Kämmerei	31. 12	5 000	746	6 500	824	1 001	11,55	1 527	11,68	15	18	18	18	30
Gesellsch. f. Spinnerei u. Weberei, Ettlingen	31. 12	3 672	1 270	585	1 898	362	16,90	526	11,93	7	7	7	7	7
Mechanische Seilerwarenfabr., Füßen	31. 12.	[6] 3 429	825	2 000	754	184	6,73	724	12,97	15	15	12½	12½	12½
Nordd. Jute-Spinnerei u. Weberei, Hambg.	31. 12	4 160	2 158	410	395	495	20,52	809	18,47	Vorz. 13 Stamm 10	13 10	9 6	8 5	6 5
Süddeutsche Juteindustrie, Mannheim	30. 6.	4 000	600	169	3 290	326	5,93	120	8,01	4	4	4	6	4
Thür. Wollgarnspinnerei, A.-G., Leipzig.	31. 12.	4 250	—	988	39	80	2,26	686	14,52	12	12	12	12	12
Trikotfabrik. J. Schießer A.-G., Radolfzell	30. 9.	2 000	1 099	710	227	—	—	116	2,87	?	10 [7]	—	—	—
Weber & Ott, A.-G., Mech. Weberei, Fürth	31. 12	4 000	1 434	1 850	211	200	12,15	632	11,10	12	12	12½	15	12½
Feldmühle, Papier- u. Zellstoffw., Berlin	31. 12	10 000	7 055	3 301	10 043	2 318	23,—	2 194	14,84	20	20	14	8	6
Asbest- u. Gummiwke, A. Calmon, A.-G., Hbg.	31. 12	4 000	2 725	1 171	909	102	3,37	985	11,19	12	8	8	6	6
Hannoversche Gummiwerke „Excelsior"	31. 12	3 000	1 139	3 280	2 100	673	18,82	1 110	11,66	?	26	24	24	22
Lederwerke Wiemann, Hamburg	31. 12.	2 000	—	405	858	61	100,—	239	9,19	20	22	25	30	20
A.-G. Schloßbrauerei, Schöneberg	30. 9.	3 000	1 606	1 288	90	214	3,24	107	5,40	6	6	6	6	6
Brauerei G. Büchner, A.-G., Erfurt	30. 9.	2 000	784	400	503	150	8,88	364	13,95	8	8	7	7	7
Ges. f. Brauerei vorm. Sinner, Karlsruhe	31. 2.	[8] 8 000	3 273	3 882	2 107	650	6,30	2 011	11,62	Vorz. 12 St. 12	5½ 16	5½ 15	5½ 12	5½ 12
Hofbierbr. Schäfferhof und Frankfurt. Bürgbr., A.-G., Frankfurt a. M.	30. 9.	[9] 6 000	1 579	777	327	396	7,03	447	15,42	Vorz. 6 St. 4	6 4	6 3	6 3	6 3
Deutsche Tageszeitung, Berlin	31. 12	1 360	1 325	242	330	183	8,79	919	33,83	12	10	9	6	6
Bayerische Notenbank, München	31. 12	7 500 [10]	—	3 750	1 568	—	—	1 095	8,74	9	11	11	10	9
Bergisch-Märkische Industr.-Ges., Barmen	31. 12	6 000	—	600	93	88	3,75	660	9,87	9	9	8	7	6
Braunschweiger Privatbank	31. 12	6 000	—	1 100	383	—	—	765	10,23	7½	7½	7	6½	6
Eisenbahn-Bank, Frankfurt a. M.	30 9.	[9]10 000	30 965	378	808	—	—	450	1,07 [9]	4	6	6	7½	8½
Hamburgische Bank von 1914	31. 12	[10]15850	—	130	491	144	5,15	203	— [10]	4	4	4	4	0
Hannoversche Bank	31. 12	36 000	—	12 000	279	—	—	3 937	8,15	8	8	7½	6½	6
Hildesheimer Bank	31. 12	12 000	—	4 800	—	—	—	1 569	9,34	9	9	8	7½	7½
Maklerbank in Hamburg	31. 12	1 800	—	440	114	—	—	77	3,27	4	3	3	4	6
Osnabrücker Bank	31. 12	14 500	—	4 200	672	—	—	1 506	7,77	7½	7½	7	6	6
Vereinsbank in Nürnberg	31. 12	21 000	—	9 594	1 655	—	—	2 897	9,—	11	11	11	11	11
Waaren-Credit-Anstalt Hamburg	31. 12	4 000	—	400	27	29	3,45	129	2,98	3	3	4	4	4
Waaren-Liquidations-Casse Hamburg	31. 12.	3 000	—	750	1 235	—	—	Verl. ℳ	26,831	0	4	3	3	10
Berliner Hypothekenbank, A.-G.	31. 12.	22 700 [11]	—	2 270	3 611	—	—	1 461	4,77	4½	4½	4½	4½	4½
Braunschweig-Hannov. Hypothekenbank.	31. 12	12 000 [16]	—	3 900	3 790	—	—	1 627	8,26	8½	7½	7½	7½	7½
Deutsche Hypothekenbank, A.-G., Berlin	31. 12	18 000 [12]	—	5 700	6 163	—	—	2 236	7,49	7½	7½	7	7	7
Frankfurter Hypothekenbank	31. 12.	22 000 [18]	—	22 330	3 130	—	—	3 383	7,13	10	9½	9½	9½	9½
Frankfurter Hypotheken-Kreditverein	31. 12.	19 800 [19]	—	6 990	4 583	—	—	2 402	7,66	8	8	8	8	8
Leipziger Hypothekenbank	31. 12.	12 000 [22]	—	6 011	1 237	—	—	1 533	7,96	8	8	7	7	7
Preußische Boden-Credit-A.-B., Berlin	31. 12.	30 000 [13]	—	10 885	5 346	—	—	3 344	7,23	7	7	7	7	7
Preuß. Central-Bodenkredit A.-G., Berlin	31. 12.	44 400 [14]	—	21 914	3 076	—	—	4 315	6,22	9½	9½	8½	8½	8½
Preußische Pfandbrief Bank, Berlin	31. 12.	24 000 [15]	—	8 436	7 229	—	—	3 513	8,85	7½	7½	7	7	7
Rheinisch-Westfäl. Boden-Credit B., Köln	31. 12.	20 000 [20]	—	3 200	3 802	—	—	1 921	7,45	7	7	7	7	7
Schlesische Boden-Credit-Bank, Breslau.	31. 12.	25 800 [17]	—	11 000	18 259	—	—	2 025	3,68	7½	7	7	7	7
Süddeutsche Bodencreditbank, München	31. 12.	27 000 [23]	—	15 149	2 813	—	—	3 494	7,07	8	8	7½	7½	7½
Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln.	31. 12.	10 000 [21]	—	1 601	1 405	125	1,08	960	7,38	6½	6	6	6	7½
Berliner Hagel-Assecuranz-Ges. v. 1832	31. 12.	[24]3 000 [27]	—	4 739	229	—	—	769	64,08	41,66	15	25	25	25
Magdeburger Hagelversicherungs-Ges.	31. 12.	[25] 6 000	—	3 118	629	—	—	694	10,29	19	17	16	18⅔	14⅔
Union-Allg Deutsch. Hagelvers.-G., Weimar	31. 12.	[26]7 529 [28]	—	3 753	1 526	—	—	1 824	20,17	200 ℳ	200 ℳ	46⅓	43¾	58½
Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft, Hamburg	31. 12.	21 000	5 595	5 917	8 445	2 580	9,40	5 937	20,79	22	10	5	1	8
Flensburger Dampfschiff-Ges. v. 1869	31. 12.	2 000	—	360	160	455	38,24	434	35,24	20	16	10	—	—
„Seefahrt", Dampfschiffsreederei A.-G., Bremen	31. 12.	1 500	—	225	518	68	9,57	237	13,73	12	15	15	7	—

[3]) Vorzugsakt. 3,3, Stamm 16 Mill. ℳ. [4]) Aktienkapital erhöht um 672 000 ℳ. [5]) Aktienkapital erhöht um 2,5 Mill. ℳ [6]) Vorzugsakt. 172 000, Stamm 3 257 000 ℳ. [7]) Gegründet 1916. [8]) Vorzugsakt. 1, Stamm 7 Mill. ℳ. [9]) Vorzugsakt. 1, Stamm 5 Mill. ℳ. [10]) Banknoten-Emission 110 Mill. ℳ. [11]) Eingezahlt 5,5 Mill. ℳ. Dividende auf eingezahltes A.-K. [12]) Eingezahlt 3 962 500 ℳ. Dividende auf eingezahltes A.-K. [13]) Pfandbriefe 239,5, Kommunalobligation 17 6 Mill. ℳ in Umlauf. [14]) Hypothekenpfandbriefe 277,6. Kommunalobligation 30,9 Mill. ℳ in Umlauf. [15]) Pfandbriefe 3½ % 60,6, 3¾ % 25, 4 % 329,4, 4½ % 0,6 Mill. ℳ in Umlauf. [16]) Central-Pfandbriefe 790,2, Kommunalobligationen 195,7 Mill. ℳ in Umlauf. [17]) Pfandbriefe 3½ % 41,6, 3¾ % 23,9, 4 % 269,5.

Schiffahrt und Schiffbau

England

Kapitalerhöhung bei der Cunard-Linie. In der außerordentlichen Generalversammlung der Cunard-Linie wurde entsprechend dem Vorschlage des Vorstandes (s. W. D. Nr. 15, S. 307) beschlossen 150 000 £ shares Stammaktien zwecks Übernahme eines gleichen Aktienbetrages der Reederei von Thos. & John Brocklebank Ltd. auszugeben. Von dem autorisierten Stammkapital von 2 Mill. £ sind infolge dieser Transaktion 1 485 403 £ Stammaktien ausgegeben. Die Versammlung genehmigte gleichzeitig den Antrag, aus dem Reservefonds einen Betrag von 1 500 000 £ zu kapitalisieren und dagegen einen gleichen Betrag Stammaktien von je 1 £ Nominalwert dergestalt auszugeben, daß für je eine alte Stammaktie eine neue Stammaktie ausgegeben wird, die an dem Gewinn für 1918 voll teilnimmt. Es gelangen deshalb nicht, wie ursprünglich vorgesehen, 20 % auf das seitherige Stammkapital, sondern 10 % auf den erhöhten Betrag zur Ausschüttung. Das gesamte Kapital der Cunard-Linie erhöht sich durch die neugeschaffenen 1 500 000 £ Stammaktien auf insgesamt 6 020 000 £. *Hb.*

Schiffbau in Schottland. Im ersten Vierteljahr 1919 wurden von schottischen Werften 41 Schiffe mit 50 736 Br.-Reg.-T. zu Wasser gelassen. Davon

am Clyde	32	Schiffe mit	40 242	Br.-Reg.-T.
„ Forth	3	„ „	8 412	„
in Dundee	1	„ „	1 390	„
„ Aberdeen & Moray Firth	5	„ „	692	„

Von diesen Fahrzeugen gehören nicht weniger als 30 der Kriegsmarine an; fünf Frachtdampfer werden für Rechnung des Schiffahrtsamtes und nur sechs Frachtdampfer für Rechnung von Privatreedereien gebaut. Im Vergleich damit stellt sich das Schiffbau-Ergebnis vor dem Kriege folgendermaßen:

1. Vierteljahr	1914	48 Schiffe	95 985	Br.-Reg.-T.
1. „	1913	41 „	117 858	„
1. „	1912	56 „	135 340	„
1. „	1911	63 „	126 707	„
1. „	1910	56 „	90 658	„
1. „	1909	29 „	71 113	„

In Anbetracht dessen, daß gegenwärtig noch ein unverhältnismäßig großer Teil der Schiffbau-Erzeugung auf Bestellungen der Kriegsmarine entfällt, erscheint das Ergebnis vom Gesichtspunkte des Handelsschiffbaues aus wenig befriedigend. *Hb.*

Keine staatliche Schiffahrt in Südafrika. Von der Arbeiterpartei im Parlament der südafrikanischen Republik wurde der Antrag auf Einrichtung staatlicher Schiffahrtslinien gestellt. Der Antrag wurde mit dem Hinweis auf die außerordentlich günstigen Ergebnisse des staatlichen Schiffahrtbetriebes in Australien (die bekanntlich nur auf die Befreiung von der Gewinnsteuer und die besonderen durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse zurückzuführen sind) begründet, aber von dem Minister der Bahnen und Häfen, welcher für die Regierung antwortete, abgelehnt, und die Verhandlung wurde schließlich vertagt. *Hb.*

Vereinigte Staaten

Versicherungsschwierigkeiten amerikanischer Regierungsschiffe. Die Abneigung der privaten amerikanischen Versicherungsgesellschaften, die während des Krieges von der Fleet Corporation gebauten hölzernen Dampfer und die fabrikmäßig hergestellten stählernen Schiffe anders als gegen hohe Prämien zu versichern, hat den Zorn des Schiffahrtsamtes hervorgerufen. Es erblickt in der gegenwärtigen Ratenstellung einen Versuch der Versicherer, diese Regierungsschiffe zu diskreditieren, und droht mit der Einführung eines staatlichen Versicherungsamtes, das die Aufgabe haben würde, insbesondere die Regierungsschiffe (also bald den größeren Teil der amerikanischen Handelstonnage) zu Raten zu versichern, die ihnen den Wettbewerb erleichtern. In den Kreisen der Versicherer erhebt man lebhaften Protest gegen diesen Plan. Man ist der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten zwar die teuersten Schiffe der Welt — auch ein amerikanischer Rekord! — gebaut hätten, daß aber viele dieser Schiffe trotz ihrer hohen Kosten nur recht wenig wert seien. Die bisherigen schlechten Erfahrungen, die man namentlich mit den hölzernen Schiffen gemacht hätte, rechtfertigten jedenfalls den besonderen Stand ihrer Versicherungsprämien durchaus. Indem die Regierung die privaten Versicherungsgesellschaften zu niedrigen Sätzen zwinge, versuche sie, die Schäden, die aus den vielen beim Bau der Notstandsflotte während des Krieges vorgekommenen Mißgriffen erwachsen, auf die Versicherer abzuwälzen. Daß die hohen Prämien den Betrieb der hölzernen Schiffe in seiner Konkurrenzfähigkeit benachteiligen und die Verlader schwer belasten, wird zugegeben. Die Schuld daran träfe indessen nicht die Versicherer, sondern den Erbauer, also den Staat. Es wäre deshalb gerechtfertigt, wenn der Staat die Differenz bezahle, die zwischen den Versicherungsprämien der hölzernen und der übrigen Schiffe bestehe. (Also auch hier wieder die Staatshilfe als letztes Mittel.) *A. K.*

Der künftige Betrieb der amerikanischen Regierungsschiffe. Die jüngst mitgeteilten Hurleyschen Pläne („W. D." Nr. 14, Seite 288) hinsichtlich des künftigen Betriebes der amerikanischen Staatsflotte finden in der neuesten Nummer des „Fairplay" eine kurze Besprechung, die das bisher über sie Bekannte noch in einigen Punkten ergänzt. Danach soll der amerikanische Privatreeder, der ein Regierungsschiff erwirbt, sofort ein Viertel des nach dem jeweils auf dem Weltschiffsmarkt gültigen Sätzen bemessenen Kaufpreises in bar erlegen. Der Rest soll durch allmähliche Abtragung in 10 Jahren bei einem Zins von 5 % getilgt werden. Von den Zinsen ist 1 % in einen Merchant Marine Development Fund zu zahlen, der die Bestimmung haben wird, die Aufrechterhaltung gewisser für nötig erachteter, aber vorläufig unrentabler Linien zu ermöglichen, während der Käufer verpflichtet ist, seinen Anteil bei einer amerikanischen Assekuranz-Gesellschaft zu versichern, soll der Rest des Schiffswertes von der Regierung zu den gültigen Raten versichert werden. Es wird angenommen, daß die Regierung hierbei einen weiteren Profit von etwa 1 % haben wird, der ebenfalls dem erwähnten Fonds zugute kommen soll. Bei jeder Reedereigesellschaft die ein Regierungsschiff übernimmt, hat die Regierung einen der Direktoren zu ernennen. Sie behält also nach Abgabe der Schiffe einen weitreichenden Einfluß auf deren künftigen Betrieb, zumal da auch die vom Staate vorgeschriebenen Höchstfrachtraten in Kraft bleiben.

Nicht zu vergessen ist, daß es sich hier vorerst um Pläne handelt, deren Verwirklichung noch keineswegs sicher ist. Bekanntlich will das Schiffahrtsamt seine endgültige Entscheidung erst treffen, nachdem die gesamte amerikanische Handelswelt ihre Ansicht geäußert hat, und auch dann wird nicht das Amt, sondern der Kongreß das letzte Wort haben. *A. K.*

Amerikanischer Frachtenmarkt. Das Mißverhältnis zwischen Transportmenge und verfügbaren Frachtraum hält auf dem amerikanischen Frachtenmarkt zurzeit noch an. Die Hoffnung der Verlader, daß die vom Schiffahrtsamt festgesetzten niedrigen Frachtraten der Regierungsschiffe den Ratenstand am offenen Markt entscheidend beeinflussen würden, hat sich bisher nicht derart verwirklicht, daß Anlaß zur Zufriedenheit in Exportkreisen vorhanden wäre. Im Verkehr zwischen den amerikanischen Häfen und Bordeaux, St. Nazaire, Havre usw. sind die Frachtsätze sogar gestiegen, was auf das geringe Angebot an Räumte sowie darauf zurückzuführen ist, daß die französische Regierung entgegen der allgemeinen Erwartung die während des Krieges requirierte Tonnage noch immer nicht freigegeben hat. Die zurzeit gültige Rate von 60 $ per t ermöglicht den Verladern angeblich nur ein geringes Geschäft. Noch schwieriger liegen die Dinge an der Pacificküste. Die bisher hier vorhandene Regierungstonnage ist zu gering, um nennenswerten Einfluß zu gewinnen. Es besteht daher bei manchen westlichen Verladern die Neigung, ihre für Ostasien bestimmten Güter nicht direkt über die Pacifichäfen, sondern über New York und den Panamakanal zu verschiffen. *A. K.*

Mannschaftslöhne ein unwichtiger Faktor. In einer Zu-

Obligationen 3½% 15,6, 3¾% 4,2, 4% 87,7 Mill. ℳ. [18]) Pfandbriefe 3½ % 66.9, 4 % 122,2 Mill. ℳ. in Umlauf. [19]) Pfandbriefe 424,6. Kommunalobligation 9,9 Mill. ℳ. in Umlauf. [20]) Pfandbriefe 3½ % 143,6, 4 % 380 5, Kommunalobligationen 3½ %, 4.4, 4 % 2,3 Mill. ℳ in Umlauf. [21]) Pfandbriefe 3½ % 17,5, 3¾% 11,3, 4% 336.9 Mill. ℳ in Umlauf. [22]) Pfandbriefe 3½% 26.4, 4 % 236.0 Mill. ℳ. in Umlauf. [23]) Pfandbriefe 3½ % 10 3, 4 % 93,4 Mill. ℳ. in Umlauf. [24]) Pfandbriefe 3½ % 26, 3¾ % 3.8, 4 % 166,3 Mill. ℳ. in Umlauf. [25]) Pfandbriefe 3½ % 251,7, 4 % 245,0 Mill. ℳ. in Umlauf. [26]) Verpflichtung der Aktionäre 1,8 Mill. ℳ. [27]) Verpflichtung der Aktionäre 3,8 Mill. ℳ. [28]) Verpflichtung der Aktionäre 3,0 Mill. ℳ.

schrift an die American Manufacturers' Export Association bemüht sich Mr. J. H. Rosseter, einer der leitenden Männer des Schiffahrtsamtes, darzutun, daß die vielerörterte Frage der Mannschaftslöhne keineswegs für die künftige Wettbewerbsmöglichkeit der amerikanischen Schiffahrt die Bedeutung hätte, die ihr in Reederkreisen gemeinhin beigelegt werde. Er sucht nachzuweisen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ausgaben für Mannschaftslöhne nur etwa 7 % der gesamten Unkosten des Schiffes ausmachen. Wenn also künftig zwischen den amerikanischen Mannschaftslöhnen und denen der fremden Flaggen ein Unterschied bestehen bliebe, so sei dies kein Hindernis, an der die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Schiffe notwendig scheitern müßte. Ein viel bedenklicheres Moment seien die hohen Einstandskosten der amerikanischen Schiffe. Für einen Dampfer von 10000 t dw unter amerikanischer Flagge betrügen die Monatsausgaben an Mannschaftslöhnen 3981 $. Dagegen beliefen sich die Mehrausgaben an Versicherung, Abschreibung und Verzinsung, die dem Schiff aus seinem höheren Anschaffungspreis — es kostet etwa 500 000 $ mehr als ein im Ausland gebautes Schiff von gleicher Größe — erwüchsen, auf etwa jährlich 80 000 $ oder monatlich 6500 $. Demgegenüber erscheine selbst eine beträchtliche Differenz der Mannschaftslöhne von sehr geringer Bedeutung. Hohe Baukosten seien also ein größeres Hindernis für die Zukunft der amerikanischen Schiffahrt als hohe Mannschaftslöhne, und es sei vor allem nötig, die Schiffbaukosten auf einen normalen, ihrer Höhe in andern Schiffbauländern entsprechenden Stand hinabzudrücken. *A. K.*

Fracht- und Passagierschiffe vom 12 500 Tonnen-Typ für die amerikanische Handelsflotte. Bei der Revision des amerikanischen Schiffbauprogramms, mit der das Schiffahrtsamt zurzeit noch beschäftigt ist, hat sich die Notwendigkeit ergeben, mehr als bisher vorgesehen war, große für Fracht- und Passagierfahrt geeignete Dampfer zu bauen. Mr. Hurley teilte mit, daß künftig ein Hauptgewicht auf den Bau von Dampfern von 12 500 t dw (= etwa 9000 Br.-Rg.-T.) gelegt werden würde, die mit Einrichtungen für eine beschränkte Anzahl Passagiere (40) ausgerüstet und vorwiegend für den Verkehr mit Südamerika und Australien bestimmt seien. Zwanzig Schiffe dieses Typs seien zunächst in Aussicht genommen. Sie sollen von der Staatswerft auf Hog Island gebaut werden. Diese Werft, die bekanntlich Schiffe in fabrikmäßigem Massenbau herstellt, hat Einrichtungen für den Bau von 7500 und 8000 Tonnen-Schiffen. Sie wird ihre bisherigen Anlagen für den 8000 Tonnen-Typ auf die neue Schiffsgröße umgestalten, so daß sie künftig 7500 und 12 500 Tonnen-Schiffe bauen wird. *A. K.*

Flugzeuge im Dienste der Frachtschiffahrt und Überseepost. Die Leistungsfähigkeit und Promptheit des amerikanischen Reedereibetriebs soweit zu erhöhen, daß der Nachteil der hohen Bau- und Betriebskosten der Schiffe ausgeglichen und die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Flagge gesichert wird, ist ein Problem, mit dem man sich gegenwärtig drüben lebhaft beschäftigt. Unter den mancherlei Plänen und Vorschlägen, die auftauchen und erörtert werden, scheint der Gedanke einer möglichst ausgedehnten Verwendung des Flugzeugs im Dienste der Frachtschiffahrt sich einer ernsthaften Anhängerschaft zu erfreuen. Heute kann ein Schiff den Hafen nicht verlassen, so lange nicht alle die Ladung, Ausklarierung usw. betreffenden Papiere an Bord geliefert worden sind. Da die Ausfertigung der Papiere erst nach Abschluß der Ladearbeit möglich ist, verzögert sich die Abreise des Schiffes infolge dieses Umstandes oft recht beträchtlich. Es ist nichts ungewöhnliches, daß das fahrtbereite Schiff noch 24, ja 48 Stunden nach Beendigung seiner Ladearbeit im Hafen festgehalten wird, weil seine Papiere noch nicht in Ordnung sind. Dieser Verzögerung und der mit ihr verbundenen Erhöhung der Schiffsunkosten würde abgeholfen, wenn man sich für das Anbordliefern der Papiere des Flugzeugs bedienen würde. Das Schiff könnte, sobald es das letzte Stück Ladungsgut eingenommen hat, den Hafen verlassen und seine Reise antreten, seine Papiere aber würden nach Ausfertigung dem Flugzeug anvertraut, das über die zehn- oder zwölffache Geschwindigkeit verfügt, dem es also ein Leichtes sein würde, das Schiff einzuholen und die in einer wasserdichten Umhüllung steckenden Ausweise abzuwerfen. Da das Flugzeug mit drahtloser Telegraphie ausgerüstet ist, so würde es den jeweiligen Standort des Schiffes leicht ausfindig machen können.

Diese Pläne haben Aussicht auf baldige Verwirklichung. Die Kerr Steamship Co. kündigte bereits an, daß sie eine Anzahl Flugzeuge zur Beschleunigung ihres Betriebes zu verwenden gedenkt. Sie ist der Ansicht, daß die Abfertigung der Schiffe auf diese Weise um 36 bis 48 Stunden beschleunigt werden kann.

Auch im Dienste der Überseepost wird, so glaubt man, das Flugzeug künftig so wichtige Aufgaben zu erfüllen haben, daß es in wenigen Jahren bereits zur notwendigen Ausrüstung großer Postdampfer gehören wird. Ein mit Flugzeug ausgestatteter Postdampfer könnte auf der Fahrt von New York nach England bereits 300 oder 400 Seemeilen von der irischen Küste entfernt, dringende Briefsachen mit Luftpost voraussenden, die dann in wenigen Stunden in London eintreffen würden. Dadurch würde die Briefbeförderung zwischen New York und London innerhalb 4 Tage möglich werden. *A. K.*

Rückwanderer nach Europa. Im Monat Februar haben 16 854 Fremde die Vereinigten Staaten verlassen, um nach Europa zurückzukehren. Zumeist waren es Italiener, ferner Polen, Griechen, Spanier, Serben, Rumänen, Kroaten, Albaner. Die Zwischendecks der Schiffe der französischen und italienischen Linien sind auf jeder Reise bis zur höchsten Belegzahl ausgenutzt. Man rechnet für die Folge mit einer weiteren Zunahme der Rückwanderung. *A. K.*

Der Panamakanalverkehr im Fiskaljahr 1917/18. Nach dem nunmehr veröffentlichten Bericht des Gouverneurs des Panamakanals über das am 30. Juni 1918 beendigte Fiskaljahr hat sich der Verkehr im Kanal wie folgt gestaltet:

Fiskaljahr (endend 30. Juni)	Es passierten in der Richtung ostwärts	westwärts	Gesamtladung
1917	905 Schiffe	971 Schiffe	7 229 255 t
1918	921 „	1 209 „	7 562 133 „

Die Durchschnittstonnage der Schiffe stellte sich im letzten Berichtsjahr auf 3 126 N.-Reg.-T. und das durchschnittliche Ladungsgewicht auf 3681 t (2240 lb). Die Kanaleinnahmen betrugen 6 439 Mille $. Wäre der vom Kongreß noch nicht verabschiedete Gesetzentwurf, der die Regel der Panamakanalvermessung auf alle Schiffe, also auch auf die nach den Regeln der Vereinigten Staaten vermessenen, ausdehnen will, bereits in Kraft gewesen, so würden die Einnahmen ein Mehr von 1083 Mill. $ aufweisen. *A. K.*

Rohstoffe und Warenmärkte

Jute

Englischer Jutemarkt. Von Herrn Carl Trapp wird uns geschrieben: Große Änderungen in der Geschäftslage haben in den letzten Wochen nicht stattgefunden; der Markt ist nach wie vor flau und die Bestände an Jutewaren werden von Tag zu Tag größer. Die Erzeugung kann im bisherigen Umfange nicht länger aufrecht erhalten werden und selbst bei der jetzigen, bereits bedeutend herabgesetzten Arbeitszeit, ist die Produktion weit höher als der Absatz. Es wurde daher der Vorschlag gemacht, die Spinnereien und Webereien nur eine um die andere Woche in Betrieb zu belassen, und tatsächlich haben sich schon alle großen Werke zu diesem Arbeitsmodus entschlossen. Auch das freiwillige Übereinkommen der Industrie, auf alle regierungsseitig festgesetzten Höchstpreise für Garne (7 s für Common Cops) und Gewebe (9¼ d für 10½ oz 40 in. Hessians) eine Reduktion von 10% eintreten zu lassen, konnte eine Belebung nicht herbeiführen. Diese Ermäßigung bezieht sich nur auf neue Aufträge und Kontrakte und ist nicht rückwirkend auf bereits früher geschlossene Geschäfte. Die Rückkehr zu normalen Verhältnissen gestaltet sich in Großbritannien schwieriger als erwartet und wird in der Juteindustrie besonders erschwert durch die großen Bestände an teuerem Rohmaterial (die Regierungspreise sind ca. 30 £ je ton über dem gegenwärtigen Marktpreise), die einer Preisherabsetzung für Fabrikate hindernd im Wege stehen. Man hofft, daß die Aufhebung der Blockade und ein baldiger Friedensschluß das Welthandelsgeschäft, und damit auch das Jutegeschäft, beleben werden!

Mit großer Besorgnis blickt Dundee dauernd auf die verschärfte Calcutta-Konkurrenz und fürchtet, daß in naher Zukunft Calcutta-Ware in großen Mengen nach Europa verschifft werden wird. Bei den erhöhten Arbeitskosten, mit

denen Dundee jetzt zu rechnen hat, wird in absehbarer Zeit die schottische Juteindustrie kaum mehr mit der Calcutta-Industrie erfolgreich konkurrieren können.

Die Preise für Rohjute sind in letzter Zeit um weniges gefallen: Erste Markengruppen notierten zuletzt 37 £ 10 s cif März/April Verschiffung. Das Geschäft ist aber sehr still, da Dundee vorläufig wenig Interesse an weiteren Einkäufen hat. — Seit dem 1. August 1918 bis Ende März a. c. sind 1 008 450 Ballen Rohjute gegen 280 699 Ballen zur selben Zeit im Vorjahr in Dundee eingetroffen, während 99 000 Ballen als unterwegs gemeldet worden sind, gegen 16 374 zur selben Zeit im Vorjahr. — Die Fracht für Rohjute wurde auf 90 s je ton von 5 Ballen ermäßigt. — Die Beschränkungen für den Import von Rohmaterial sind jetzt in allen Teilen vollständig aufgehoben.

In New York ist die Marktlage im Jutehandel unverändert; obgleich die Preise für Calcutta Burlaps beträchtlich gesunken sind, werden doch fast keine Geschäfte getätigt, und auch in Dundee-Waren ist der Markt vollständig leblos. Es ist aber wieder eine direkte Dampferlinie zwischen Dundee und New York eingerichtet worden, so daß Hoffnung auf einen regeren Geschäftsverkehr besteht.

Die Ausfuhr aller Jute- und Hanfwaren nach Norwegen ist in jeder Weise erleichtert, ebenfalls sind die freizugebenden Quantitäten von Jute- und Hanfwaren nach Holland und Dänemark bedeutend vergrößert worden, und Ausfuhrerlaubnisse nach diesen Ländern sollen ohne Schwierigkeiten gewährt werden, allerdings mit dem Verbot der Wiederausfuhr nach feindlichen Ländern.

Indien. In den Kriegsjahren haben die Ernten die Rekordzahlen des Jahres 1914, in dem 10,4 Mill. Ballen zu je 400 lbs. geerntet wurden, nicht wieder erreicht.

Die Ausfuhr, die vor dem Kriege durchschnittlich 4,2 Mill. Ballen betragen hatte, ist auf rund 3 Mill. gesunken. Der Grund dafür ist zum Teil in dem Fehlen des Marktes der Mittelmächte, deren Industrie früher einen erheblichen Teil der Ernte aufnahm, zu suchen. Die indische Erzeugung von etwa 2 Mill. tons verteilte sich wie folgt (in 1000 tons):

Eigenverbrauch	1 100	Belgien	20
Ausfuhr nach England	300	Deutschland	160
Frankreich	120	Österreich	60
Italien	50	Vereinigte Staaten	120
Rußland	50	Sonstige Länder	20

Indien führte 1913/14 1105 Mill. yds Jutegewebe, etwa 260 Mill. Stück Säcke und 5¼ Mill. lbs Jutegarn aus.

Die Verarbeitung der Jute in Indien selbst hat in den Kriegsjahren bedeutenden Aufschwung genommen. Während 1914 64 Fabriken mit einem Kapital von 120 Mill. Rs, 216 000 Arbeitern, 36 000 Webstühlen und 744 000 Spindeln vorhanden waren, zählte man 1917 bereits 74 Fabriken mit 140 Mill. Rs, 262 000 Arbeitern, 39 700 Webstühlen und 821 300 Spindeln. Die Ausfuhr von Säcken hat sich von 1914/15 bis 17/18 fast verdoppelt. Der großen Nachfrage entsprechend sind auch die Preise gestiegen. Vor dem Kriege kosteten 100 yds Sackleinen etwa 12¾ Rs, im Juli 1918 dagegen 48 Rs.

Diese Preise galten für den freien Markt. Die Regierung hatte 40 % der Erzeugung direkt für Kriegszwecke gekauft. Der Preis dafür war nach Maßgabe der Herstellungskosten mit einem Zuschlag von 10 % festgesetzt. Trotzdem hatte die indische Jute-Industrie ungeheure Kriegsgewinne. Dividenden von 100 % waren nichts Ungewöhnliches. Die Ausfuhrabgaben sind seit dem 1. 3. 1916:

1½ Rs für 1 Ballen Rohjuteabfall von 400 lbs
4½ „ „ 1 „ sonstige Rohjute.
20 „ „ 1 ton grobe Jutefabrikate (Sackings)
32 „ „ 1 ton feine „ (Hessians)

Jutewaren, die bei der Ausfuhr als Verpackungsmaterial dienen, sind vom Ausfuhrzoll befreit.

England. Einem verspätet eingegangenen Jahresbericht entnehmen wir noch folgende Zahlen:

		1916	1917	1918
Rohjute Einfuhr	t	203 392	106 310	174 229
„ Wiederausfuhr	„	72 134	27 876	2 479
„ Einfuhrüberschuß	„	131 258	78 434	171 750
Jutewaren Einfuhr	1000 £	6 083,9	4 811,5	3 139,5
„ Wiederausfuhr	1000 „	1 325,8	1 183,7	265,7
Ausfuhr von Jutegarn	Mill. lbs	28,0	25,7	5,7
„ „ anderen Jutewaren	„ „	108,7	121,8	30,1

Wolle

Weltmarkt. Über 70 % der Weltproduktion beherrscht England. Nach dem Jahresbericht der Londoner Maklerfirma G. & W. Townend betrug die Erzeugung in 1000 Ballen:

	1913/14	1915/16	1918/19 geschätzt
Australien	1966,5	1484,2	2000
Neu-Seeland	560,8	510,6	600
Südafrika	503,5	468,0	500
La Plata	405,8	380,0	380
Insgesamt	3436,8	2842,9	3480

Mithin zeigt die Erzeugung gegen 1914 eine Zunahme von schätzungsweise 43 000 Ballen.

Die Vorräte wurden auf den 1. Oktober 1918 wie folgt geschätzt (Ballen):

Australien	1 000 000	Südafrika	70 000
Neu-Seeland	440 000	La Plata	85 000

Das Jahr 1919 begann also mit ganz bedeutenden Vorräten in den Erzeugungsgebieten, dagegen äußerst geringen Beständen in den Verbrauchsländern. An verarbeiteter Ware herrscht auf der ganzen Welt großer Mangel. Wenn auch die Weltproduktion zu Beginn des Jahres 1919 verglichen mit dem letzten Friedensjahr, sogar zugenommen hat, so sind doch die Zukunftsaussichten für die Wolle verbrauchenden Industrien keineswegs günstig, denn die Schafhaltung hat in den vier Kriegsjahren ungeheure Einbuße erlitten. Es ist daher trotz des Ausscheidens der Kriegsindustrien, die für die Bekleidung der neugeschaffenen englischen und amerikanischen Heere ungeheure Ansprüche an den Markt stellten, auch in absehbarer Zeit noch mit den hohen Preisen des letzten Jahres zu rechnen. Nachdem die Verschiffungen nach England wieder aufgenommen sind, ist die Bradford Woollen Federation nachdrücklich für den freien Handel eingetreten. Die Regierung gab zunächst Ende Januar den Handel in ostindischen und Abfallwollen (laps und wastes) frei, da das Wollamt keine Verwendung für diese Sorten mehr hatte, weil neue Heeresaufträge nicht mehr erteilt wurden.

Inzwischen haben die Londoner Wollauktionen wieder begonnen. Auch der Handel mit Wollgarn ist seit Ende Januar wieder frei. Englands Ausfuhr von Wollwaren nach neutralen Ländern ist seit Anfang Februar unter gewissen Bedingungen wieder gestattet.

La Plata. Die Wollausfuhr vom La Plata einschließlich der übrigen südamerikanischen Länder betrug in Ballen für die Saison des betr. Jahres (1. 10.—30. 9):

nach	1913/14	14/15	15/16	16/17	17/18
Frankreich	110 786	48 303	33 990	39 215	29 606
Belgien	54 131	—	—	—	—
England	46 093	78 323	33 002	35 708	6 326
Verein. Staaten	45 301	118 227	161 726	271 545	226 667
Italien	9 101	92 439	63 323	41 575	41 496
Spanien	30	8 169	7 002	3 637	9 108
Holland	2 673	9 639	11 519	7 517	150
Mittelmächte	127 325	—	—	—	—
Versch. Länder	10 443	22 193	31 426	12 163	36 991
Insgesamt	405 883	377 293	341 988	411 360	350 344

Die in deutschem Besitz befindlichen Vorräte schätzt der Direktor der Anglo South American Bank auf mindestens 100 Mill. Dollar, eine Zahl, die von der Fachzeitschrift „Wool Record“ als viel zu hoch bezeichnet wird. Es seien höchstens 100 000 Ballen.

Die Schur 1917/18 am La Plata wird auf etwa 375 000 Ballen geschätzt. Die Ausfuhr betrug:

	17/18	16/17
Argentinische Häfen	288 051	348 226
Uruguayrische „	62 293	66 974

Die Zufuhren am Mercado Central in Bs. As. sind bedeutend größer als die Verkäufe, so daß die Vorräte wachsen. Sie betrugen am 1. 1. 22 429 t gegen 20 349 im Vorjahr. Der Markt ist seit Abschluß des Waffenstillstandes leblos. Die Amerikaner, die den größten Teil der Ausfuhr des letzten Jahres aufgenommen hatten, haben ihre staatlichen u. z. T. auch die privaten Käufe eingestellt bzw. eingeschränkt.

Zu Beginn des Jahres bewegten sich die Preise zwischen 14 und 28 $.

Crossbreds 16—17,50—19	Lammwolle 16
Entre Rios 28	Zweite Schur 14—17—18

In Uruguay ist die letzte Schur über Erwarten gut ausgefallen; die genaue Zahl lautet nach „Economista“ 120 000 Ballen zu je 1000 lb. gegen 80—100 000 im Vorjahre. Insgesamt wurden 76 229 Ballen ausgeführt, davon 23 053 nach Barcelona, 22 335 nach Genua und 18 056 nach Newyork. Das Geschäft war nach Abschluß des Waffenstillstandes sehr ruhig. Fine & Middling sup. erzielten 11,50-11,80 $, Merinos sup. 12-13 $.

Falklands-Inseln. Der Schafbestand wird in „Kelly's Monthly Tr. J." vom März mit 800 000 Stück angegeben. Die Sterblichkeit beträgt in letzter Zeit 14 %. Die Preise sind von der britischen Regierung wie in Australien 55 % über denen von 1914 festgesetzt worden.

Kanada. Die Erzeugung und auch die Verarbeitung in der Wollindustrie haben lt. „Manch. Guardian" in den Kriegsjahren ganz bedeutend zugenommen. Viele Fabriken haben ihre Produktion mehr als verdoppelt. Zwecks Förderung der Interessen der Wollindustrie hat sich als Abteilung der Canadian Manufacturers Ass. die Woolen Manufacturers Ass. gebildet.

Vereinigte Staaten. Zur Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes betrugen die Vorräte der Regierung lt. „Wall Str. J." v. 25. 12. etwa 400 Mill. lbs. Die kommende Schur wird auf etwa 275 Mill. lbs geschätzt. Die Mengen würden daher reichlich genügen, die Industrie über ein Jahr lang zu beschäftigen. Die Wollauktionen der Regierung in Boston erzielten nur die festgesetzten Mindestpreise. Die staatliche Wolleinkaufskommission ist aus Argentinien nach New York zurückgekehrt. Seit 10. Januar sind die Einfuhrbeschränkungen beseitigt. Die Forderung der Arbeiter auf Einführung der 48-Stunden-Woche unter Beibehaltung der Löhne für die 54 Stunden-Woche rief in Kreisen der Textilindustrie Bestürzung hervor.

Südafrika. Künftig werden, wie das „B. T. J." mitteilt, nach einem Beschluß des Central Wool Committee und von Vertretern des Wollgewerbes der Union die Ballen für die Verschiffung bedeutend fester gepreßt. Greasy Wool soll auf 15—17 lb je cbft gepreßt werden. Scoured auf 10½, Mohair 20, Basuto und Blue Mohair auf 17. Ferner sollen die Wollen 14 Tage vor dem Versand in den Preßanstalten oder Lagerhäusern bewertet werden. Das Shipping Committee stellt dafür einen amtlichen Vertreter. Anstelle der Prüfung jedes einzelnen Ballens sollen künftig Stichproben treten.

Die Schur 1918 beläuft sich lt. „Text. Merc." auf ungefähr 450 000 Ballen.

Über die Wollkäufe der britischen Regierung schreibt die „African World" vom 1. 2.: Es scheint, daß die Regierung der Union, entsprechend dem Beschluß der Konferenz der Schafzüchter in Pretoria, von der britischen Regierung verlangt habe, daß sie von der Schur 1918/19 nur so viel kaufe, wie ihr bis zu einem gewissen Zeitpunkt freiwillig angeboten werde. Da jedoch die britische Regierung keine besseren Preise und Bedingungen gewähren könne, als Australien und Neuseeland, bliebe sie bei dem Vorschlag, aus der neuen Schur bis zum 30. Dezember unter der Bedingung Käufe abzuschließen, daß die Preise 55 % über denen von 1913/14 liegen sollen. Falls beim Wiederverkauf Gewinne erzielt würden, solle der Unionsregierung die Hälfte davon ausgezahlt werden, um sie an die Farmer zu verteilen. Falls das Angebot unter 200 000 Ballen bleibe, so behalte sich die Regierung vor, vom Vertrag zurückzutreten.

Die Preise betrugen lt. „Norges Utenrikshandel" vom 1. 3. in d:

Port Elizabeth		East London	
Extra sup. snow whites	48/54	Kaffrarian sup. long	26
Grease, special clips	23/27	„ sup. short	19
Karroo, long	19/21	Transkeis	15½
Karroo medium	15/16	Basuto	12
Basuto	13		

Australien. Die diesjährige Schur schätzt der Berichterstatter der „Times" auf 740—750 000 Ballen. Die Beschränkungen für die Herstellung von Wollwaren für Zivilbedarf sind seit Anfang des Jahres beseitigt, dagegen beabsichtigt die Regierung die Wollkontrolle noch über das Jahr 1919 hinaus auszudehnen. Die Verarbeitung der Wolle im Lande selbst hat in den Kriegsjahren bedeutend zugenommen. Die Fabrikanten hoffen sogar, daß schon bald genügend Wollwaren für den Bedarf des Handels hergestellt werden. Sie fordern Beibehaltung der Schutzmaßnahmen. Es gibt in Australien ungefähr 22 Textilfabriken, wovon 11 im Staate Victoria liegen.

Der Schafbestand Neuseelands war niemals so groß, wie im vergangenen Jahre. Er betrug am 30. 4. 18 26,5 Mill. Stück. Für die letzten Schuren war nach den Angaben des australischen Ministerpräsidenten im Parlament lt. „Times Tr. Suppl." v. Febr. 1919 der Preis bei Regierungskäufen der Schur 1916/17 auf Grundlage der Preise von 1913/14 mit einem Zuschlag von 55 % festgesetzt worden. Auch die Schur 1917/18 wurde zu den gleichen Bedingungen beschlagnahmt. Bis zum 30. 6. 18 waren aus der Schur 1917/18 522 325 Ballen zum Preise von 14.96 d je lb, insgesamt etwa für 11 Mill. £, bezahlt. Alle Unkosten trug die Regierung. Dagegen betrug der Erlös aus 264 834 B. von je etwa 347 lbs = 91 Mill. lbs 3,4 Mill. £, also 8.57 d je lb und 13.28 d, wenn man den Aufschlag von 55 % hinzurechnet. Die Zahlen für 1917/18 lauten: 522 325 B. i. W. v. 11.8 Mill. £, mithin 14.96 d je lb. Die Züchter haben also 1 328 123 £ verdient.

Japan. Der japanische Wettbewerb auf den Märkten Indiens und des Fernen Ostens hat sich in den Kriegsjahren merklich verschärft. Die japanische Wollindustrie ist dank den billigen Arbeitskräften und infolge der niedrigen Frachtkosten in der Lage, erheblich billiger liefern zu können als die englische.

Spanien. Der Provinzialverband der Viehzüchter von Avila hat lt. „Economista" Richtlinien für den gemeinsamen Wollverkauf festgelegt, die dann auch in den andern Provinzen angenommen wurden. Es ist daher zu erwarten, daß der Welthandel in Spanien sich nach bestimmten, allgemein gültigen Grundsätzen abwickeln wird. Die Industrie hat sich in den Kriegsjahren derartig entwickelt, daß die heimische Erzeugung den Bedarf nicht mehr deckt. Während in früheren Jahren die Wollschur um 7—8000 t größer war als der Bedarf und eine Ausfuhr im Werte von 14—16 Mill. Pesetas ermöglichte, mußten beispielsweise 1918 in neun Monaten 7864 t im Werte von 17,7 Mill. Pesetas eingeführt werden. Die Ausfuhr betrug dagegen in der gleichen Zeit 1918 868 t Rohwolle und 2320 t gewaschene Wolle.

Die Ausfuhr von Wollwaren betrug in neun Monaten:

	1918		1917	
	t	Wert 1000 Pes.	Angaben fehlen	
Wollgarne	806	5 639	„	„
Decken	—	11 285	„	„
Flanell	232	3 011	„	„
Trikotgewebe	622	9 975	„	„

Italien. In den Kriegsjahren hat die Wollindustrie großen Aufschwung genommen. Die Gewinnung von Kammwolle hat man für den großen Bedarf an Tuch, Flanell und Decken für Heereszwecke verdoppelt. Die Herstellung von Kammzügen ist von 5544 dz monatlich auf 13 325 dz gestiegen, und der Wert der Erzeugung von Kammgarn-Geweben ist von 19 385 dz monatlich auf 36 555 dz gewachsen. Den Wert der im Lande hergestellten Wollwaren beziffert das „B. T. J." v. 23. 1. auf insgesamt 1 Milliarde Lire.

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse"

Weizen

Nordamerika. Die in unserem letzten Bericht erwähnten günstigen Aussichten für die Weizenernte in den Vereinigten Staaten werden durch die letzten vorliegenden amerikanischen Meldungen weiter bestätigt. Der Stand des Winterweizens wird nach den Angaben des Ackerbaubüros vom 1. April so überaus günstig angesehen, daß er die größten Erwartungen — bei einem Durchschnittsstand von 99,8 % — übertrifft. Mit Ausnahme von Nebraska geht die amtliche Schätzung in fast allen Staaten über 100 % (in Missouri und Ohio sogar 104 %), hinaus. Der Durchschnittsstand der einzelnen Staaten in den letzten Jahren ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Winterweizen	1. 4. 19	1. 4. 18	1. 4. 17	1. 4. 16
Kansas	101	67	45	80
Nebraska	97	75	35	88
Oklahoma	100	63	74	79
Illinois	101	88	60	77
Missouri	104	92	62	66
Indiana	100	94	65	78
Ohio	104	80	80	66
Washington	—	93	70	85

Die Schätzung des Ertrages wird bei einem Normalergebnis von 17 bushels auf den acre mit 1037 Mill. bushels seitens des Statistikers der Newyorker Produkten-Börse gemeldet, d. h. 28,3 Mill. tons Winterweizen, somit 478 Mill. bushels mehr als das amtliche Ergebnis des Vorjahres. Selbst bei einem kleineren Ertrage an Sommerweizen wird die neue amerikanische Ernte ungeheure Exportüberschüsse ergeben können. Eine weitere Vermehrung werden diese, nach einer Meldung des „Wall Street Journal" vom 18. 3., durch die in die neue Ernte übernommenen Quanten der diesjährigen Erträge erfahren. Hiernach würde für den Export und die Übernahme in die neue Ernte 187 Mill. bushels zur Verfügung stehen, was sich ungefähr mit einer Angabe des Ackerbaubüros v. 1. 3. deckt, in welcher die vorhandenen Läger mit 197 Mill. bushels (5,4 Mill. tons) angeführt werden.

In den amerikanischen Weizennotierungen ist eine Veränderung nicht eingetreten. Die Kurse für Sommer- und Winterweizen bleiben 237½ cts. loko New York.

Die sichtbaren Vorräte v. 5. 4. haben eine starke Abnahme erfahren. Sie betragen nur 85 081 000 bushels (2,4 Mill. tons). Die Veränderungen der anderen Getreidevorräte ergeben sich aus der folgenden Übersicht in 1000 bushels:

	5. 4. 19	29. 3. 19	6. 4. 18	7. 4. 17	Unterschied gegen Vorwoche	gl. Wo. 18
Weizen (Ver. Staat.)	85 081	92 546	4 695	5 381	— 7465	+ 80386
„ (Kanada)..	—	45 143	8 371	8 514	—	—
Mais (Ver. Staat.)	2 574	2 514	17 360	19 016	+ 60	— 14 786
Hafer („)	21 487	22 882	19 037	18 018	— 1395	+ 2 450
Roggen („)	16 503	15 193	1 152	1 085	+ 1310	+ 15 351
Gerste („)	12 240	11 798	6 148	5 709	+ 442	+ 6 092

Kanada. Die Frage eines Höchstpreises für den kanadischen Weizen wird noch immer stark behandelt. Sie scheint jedoch keine weitere Unterstützung durch die Regierung zu finden. Eine Reutermeldung aus Ottawa besagt, daß der Ackerbauminister Crerar sich gegen die Fixierung scharf ausgesprochen habe. — Zur Aussaat nach Australien sind 10 000 bushels in Saskatchewan gewachsener Weizen verschifft worden. Die australische Regierung hält diese Qualität Weizen besonders für den dortigen Anbau geeignet und will die Farmer hierfür gewinnen. Für Saatzwecke sind auch 75 000 bushels nach Frankreich abgegangen.

Argentinien. Das letzte uns vorliegende Kabel vom 27. 3. meldet mäßige bis starke Niederschläge in verschiedenen Teilen des Landes. Die Ankünfte von Weizen sind reichlich und in guter Qualität. Weizen notiert bei stetiger Tendenz 10,45 Pesos, Vorräte 55 000 t. In einem allerdings überholten Artikel kritisiert die „Times of Argentina" vom 17. 2. die Preislage der verschiedenen argentinischen Getreidesorten. Angesichts der damals noch verschärften Streiklage werden die Aussichten als nicht besonders rosig hingestellt. Viele Dampfer ändern ihre Dispositionen, der Mangel an Tonnage wird durch den Streik erhöht und so wäre der gewaltige Überschuß der diesjährigen und kommenden Ernte schwer abzutransportieren. Diese Mengen könne man mit 12 Mill. t mindestens normieren, worunter sich 5 Mill. t Weizen, 6 Mill. t Mais, 800 000 t Leinsaat und 600 000 t Hafer befinden. Außerdem zeitigt die Einhaltung der argentinischen Minimalpreise für den Export ungeheure Schwierigkeiten; der weitere Rückgang der Getreidepreise wäre auf die beengte Exportmöglichkeit zurückzuführen. Man könne im offenen Markt mehrere Pesos unter dem Minimalpreis kaufen und Umgehungen durch selbstgeschaffene Maklerfirmen wäre ein leichtes. Angesichts dieser Kritik ist zu bemerken, daß seit der zweiten Hälfte Februar der Weizenpreis etwas angezogen hat. Dagegen bemerkt die „Times" vom 7. 4., daß die Lage in Buenos Aires, soweit der Export in Frage kommt, äußerst schwierig ist. Fremde Schiffe hätten den Hafen zu verlassen, wenn die Verlader nicht dem früheren Regierungserlaß zustimmen.

Australien. Englische Fachblätter melden größere australische Abladungen. Auch aus jetzt eingetroffenen früheren Berichten werden diese bestätigt. Ladungen aller Art werden angeboten. Die Weizenernte ist in ausgezeichneter Qualität in allen Staaten eingebracht, aber es ist kaum wahrscheinlich, daß sie vor der Wegschaffung der letzten zwei Ernten bewegt werden kann.

Indien. Nach einem Timesbericht vom 27. 3. aus Bombay werden die Meldungen über das Fehlschlagen der letzten Ernte als übertrieben hingestellt. Man kann keinesfalls die jetzige Lage mit dem Hungersnotjahr 1899/1900 vergleichen. Der seit Januar im nördlichen und mittleren Teil Indiens einsetzende Regen hätte die Lage bedeutend verbessert. Die Preise sind allerdings hoch, aber seit dem Eintreffen der australischen Ladungen und mit Beginn der Ernte fallend. Nur im Westen und Süden Indiens ist die Lage unzweifelhaft bedenklich, wenngleich die Bevölkerung in keinem Verhältnis zu dem oben erwähnten Jahr zu leiden haben wird. Der Ertrag der diesjährigen Reisernte wird mit nur 23 822 000 t eingeschätzt gegen 36 249 000 im Vorjahre.

England. Das Wetter war während des ganzen Monats März für die Saatentwicklung ungemein ungünstig. Besonders in den tieferliegenden Feldern hat die übermäßige Nässe neue Aussaat notwendig gemacht. Man rechnet mit einer starken Reduktion der Anbaufläche für das Sommergetreide.

An den englischen Marktplätzen war der Verkehr in Cif-Partien sehr unbedeutend. Gute Frage herrschte für Saatzwecke. Eine weitere Befreiung von den Handelsbeschränkungen ist am 24. 3. in sofern erfolgt, als die Royal Commission alle Vorschriften mit Bezug auf den Getreideverkehr mit Holland, Dänemark, Finnland, Schweiz, Spanien und Portugal aufgehoben hat. Der Handel kann sich somit mit diesen Ländern ohne die Royal Commission betätigen. Nur für Übersichtszwecke werden von Zeit zu Zeit Angaben über die vorgenommenen Abschlüsse verlangt. Nach einem Bericht aus dem „Lond. Gr. Seed & O. R." vom 28 3. ist der englische Weizen- und Mehlimport klein, woraus sich eine weitere Reduktion der Läger erklärt. Auch die Farmerablieferungen haben eine wesentliche Abnahme erfahren, wie die Aufstellung vom 5. 4. zeigt:

	28. 3.—5. 4. 1919 Menge	Durchschnittspreis	21. 3.—28. 3. 1919 Menge	Durchschnittspreis	28. 3.—5. 4. 1918 Menge	Durchschnittspreis
	qrs	s d	qrs	s d	qrs	s d
Weizen	64 165	72/6	80 801	72/7	17 081	72/11
Gerste	33 336	62/8	36 102	62/8	9 765	56/7
Hafer	14 935	46/11	18 655	46/11	5 298	49/10

Mit Ende März hat der Schiffsraumkontrolleur die neuen Maximalfrachten festgelegt, zu welchen die Royal Commission Trampdampfer in Charter nimmt. Diese sind:

Australien			
für Weizen und Mehl	für	1016 kg	105 s
„ Burmah-Bohnen und Reis	„	1016 „	75 s
Argentinien			
für Gerste	„	1016 „	93 s 9 d
„ Mais	„	1016 „	62 s 6 d
„ Hafer	„	1016 „	93 s 9 d
„ Weizen	„	1016 „	62 s 6 d
Vereinigte Staaten			
für Gerste	„	480 lb	7 s 3 d
„ Mais	„	480 „	8 s 6 d
„ Mehl	„	1016 kg	50 s
„ Hafer	„	320 lb	8 s 6 d
„ Weizen	„	480 „	8 s 6 d
Süd-Afrika			
für Mais und Maismehl	„	1016 kg	60 s
Ost-Afrika			
für Mais	„	1016 „	62 s 6 d

Frankreich. Mit Hilfe der deutschen Eisenbahnwaggons haben sich die Transportschwierigkeiten etwas vermindert. Französischer Weizen ist leichter erhältlich, während der Import abgenommen hat. Aus finanziellen Gründen will der Nahrungsmittelminister vorerst den französischen Weizen dem Verzehr übergeben. Die Produzenten erhalten hierfür den recht hohen Preis von 75 frs für 100 kg. Die Brotkarten werden beibehalten, um den Verbrauch so niedrig wie möglich zu halten.

Mais

Der amerikanische Maismarkt war in der letzten Berichtsperiode vielfach schwankend. Unterschiede von 2 - 3 cts von einem Tage zum andern in auf- und absteigender Kurve waren an der Tagesordnung. Die Notierung vom 16. 4. unterscheidet sich kaum von der des 4. 4. Chicago notiert am 16. 4. 158¼ cts per April, 151⅞ cts per Mai, 147¼ per Sept. Argentinien meldet vom 27. 3. stetigen Markt, Vorräte 270 000 t. Preis 435 Pesos. Die Aussichten für die neue Ernte bleiben weiter überaus günstig.

Roggen

Nach dem Ackerbaubericht vom 1. 4. ist der Stand des Winterroggens in Nordamerika 90,6 %. Das Ergebnis wird auf 101 Mill. bushels (2,7 Mill. t) geschätzt. Die Zahlen des Vorjahres waren 85,8 % und das Ergebnis 89 Mill. bushels.

New York notiert am 12. 4. 182 cts. Die Verschiffungen in der letzten Märzwoche sind kleiner geworden. Die sichtbaren Vorräte haben eine Zunahme von 1,3 Mill. bushels erfahren.

Hafer

Bei unwesentlichen Tagesschwankungen sind am Ende dieser Berichtsperiode die amerikanischen Hafernotierungen kaum verändert. Chicago notiert am 16. 4. 68½ cts für Mai, 67 für Juli. Buenos Aires meldet unter dem 27. 3. ruhige Tendenz; bei unverändertem Preis von 5.85 Pesos Vorrat 35 000 t.

Ölsaaten und Ölkuchen

In der ersten Aprilhälfte haben die amerikanischen Leinsaatnotierungen weiter angezogen. Duluth notiert für Mai am 10. 4. 385½ cts. Nach Minneapolisberichten aus der zweiten Märzhälfte war der Saatmangel so stark, daß verschiedene Mühlen im Osten geschlossen haben. Buenos Aires meldet vom 27. 3. ruhige Tendenz, Preis 19,05 Pesos und 70 000 t Vorrat. Die Ankünfte von Leinsaat sind andauernd reichlich, und die Qualität ist gut.

Englische Fachblätter vom 28. 8 melden die unveränderte Lage des Leinkuchenmarktes. Englische Fabrikate sind nicht erhältlich. Die Läger der importierten Kuchen sind stark zusammengeschrumpft. Von Baumwollsaatkuchen erwartet man größere Partien aus ägyptischen Abladungen und hofft auf eine Entlastung des Marktes. Von enthülstem Baumwollsaatmehl mit 7 % Fett und 36 % Protein sind von der Regierung größere Partien eingelagert worden. Der Preis für dieses ist 19 £ 15 s per t. Kakaohülsen sind jetzt bei 8 £ per t käuflich. Seit dem 1. April ist der Handel in allen Kuchensorten und Mehl mit Ausnahme von Leinsaat und Baumwollsaatkuchen freigegeben.

Der Marseiller Ölkuchenmarkt ist fest für Sesam, Leinsaat und Copra-Kuchen. Andere Sorten schwach. Weiße Rufisque Erdnußkuchen 47 fr, gewöhnliche Rufisque 42, Coromandel-Erdnußkuchen 39-40 fr, Baumwollsaatkuchen 25, Rapskuchen 35, Leinsaatkuchen 67, Coprakuchen 74, Palmkernkuchen 16, Rizinuskuchen 37 fr; alles per 100 kg lose ab Mühle. — In Hülsenfrüchten ist der Markt nachgebend. Es notieren in fr je 100 kg:

Große Kichererbsen (Pois chiches)	90	Grüne Spliterbsen	115
		Weiße indische Erbsen .	60
Kleine Kichererbsen (Pois chiches)	70	Große indische Linsen ..	76
		Spanische Bohnen	160
Gr. grüne japan. Erbsen	75	Gewasch. Bombay-Linsen	88

Vermischtes

Erörterungen der Feinde über unsere Kolonien. Ein Engländer Namens I. H. Harris gibt in der „Westminster Gazette" an, daß die Eroberung der deutschen Kolonien rund 300 Mill. £ gekostet habe, und er schlägt vor, diese Ausgaben international durch den Völkerbund tragen zu lassen, welcher für die Verzinsung und Amortisation Sorge zu tragen hätte. Diejenigen Mächte, welche mit der Verwaltung dieser Kolonien betraut würden, und welche die Last ihrer Verwaltung zu tragen hätten, würden als Gegenleistung die Vorteile der Entwickelung von Handel und Industrie dort genießen. Die Belgier hoffen, daß ihnen das Gebiet von Deutsch-Ostafrika zugesprochen wird, das sie im „ersten" Feldzuge dort erobert hätten, demnach der ganze Nordwesten einschließlich Tabora (Comité de Politique nationale). Man sucht eben überall seinen mögichst großen Anteil an dem Raube zu retten und gönnt sich gegenseitig nichts. So schreibt Sir Harry Johnston, der vor dem Kriege nicht genug die Verwaltung der deutschen Kolonien loben konnte, und der jetzt uns wegen der schlechten Verwaltung bestrafen möchte, in der „African World" v. 22. 3., daß in Liverpool eine sehr große Unzufriedenheit unter den Kaufleuten herrsche über die bisherige Teilung von Kamerun. Er behauptet, daß das Gebiet der Dualla seit 1872 unter britischer Konsularjurisdiktion gestanden habe, daß englische Kaufleute dort die maßgebenden gewesen, bis die Deutschen kamen, welche es später dank einer schwächlichen englischen Politik hätten besetzen können. Die Bevölkerung aber sei stets englandfreundlich geblieben, was schon aus ihrem Gebrauch des Neger-Englisch hervorginge. Zwar hätten die Deutschen dort dem Handel alle Freiheiten gelassen, und die Liverpool-Firmen hätten nicht im geringsten durch die deutsche Herrschaft gelitten, aber das „hochintelligente" Volk der Dualla habe sich nie mit der deutschen Herrschaft versöhnen können. Die Dualla hätten zu Tausenden im englischen Heere bei der Eroberung gedient, um das Land von den verhaßten Deutschen zu befreien, und nun sollten sie ohne ihren Willen französisch werden. Er schlägt vor, Frankreich an anderer Stelle an deutschem Kolonialbesitz zu entschädigen, wo es nicht möglich sei, die Einwohner um ihre Wünsche zu befragen, welcher Nation sie angehören wollten (aha!). Die Liverpooler Kaufleute aber würden unter französischer Herrschaft stark beeinträchtigt werden, weil Kamerun jedenfalls nicht zur Freihandelzone des Kongobeckens gehöre, und weil deshalb dort ohne Zweifel der außerfranzösische Handel beschränkt würde.

Daß gerade die Dualla-Leute früher den Handel des ganzen Hinterlandes blockiert haben, daß sie die Stämme des Hinterlandes auf das schamloseste ausbeuteten, daß es Deutschlands Aufgabe war, die Hinterlandsvölker von diesen Fesseln zu befreien und allen Handel zuzulassen, daß hieraus der Haß der Dualla herzuleiten ist, welche zu den verkommensten Negerstämmen gehören, daß will eben Sir Harry nicht wissen oder sagen. Die Dualla selbst würden wir gewiß herzlich gern den Engländern überlassen, das Gebiet, in dem sie wohnen, enthält aber einen großen Teil unserer wertvollen Pflanzungsunternehmen, denen heute England vorschlägt, die Plantagenkultur aufzugeben und zur Eingeborenenkultur überzugehen. Mit ihren ersten Versuchen, eine Abstimmung in den deutschen Kolonien unter den Eingeborenen herbeizuführen, haben die Engländer sehr schlechte Erfahrungen gemacht (Togo und Ossindige), und sie werden sicher einen solchen Versuch nicht wiederholen, es sei denn, daß sie die Eingeborenen gehörig vorher „aufgeklärt" haben.

Für Südwestafrika befürchtet man in England („Afr. World" v. 22. 3.), daß alle guten Farmstellen in deutschen Händen bleiben würden, 95 % der Ansiedler würden wahrscheinlich dort weiter wohnen, so daß für Engländer kaum Platz wäre. Im Gegenteil sei Gefahr, daß in Zukunft die Engländer dort boykottiert würden. Endlich sei es auch sehr unbequem, daß man das Land, in dem so viele Deutsche säßen, nur durch deutschredende Beamte verwalten könne, die man unter Engländern schwer finden würde. Es sei deshalb das beste, wenn man die Deutschen aus Südwestafrika als unerwünschte Elemente auswiese, damit das Land kein Pestheerd für deutsche Nationalismus würde. Man könne den Leuten ja die nachweislichen Anlagekosten ihres Besitzes vergüten.

Deutsch-Ostafrika wird in englischen Blättern („Afr. World" v. 22. 3. nach „Financial News") als äußerst zukunftsreiches Land geschildert, dessen Schönheit man nicht genug rühmen kann. Daressalam und die Zentralbahn werden besonders gelobt. —*q*—

England am Bosporus und am Schwarzen Meer. Das Board of Trade hat eine Verordnung erlassen, wonach die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Türkei (der europäischen, sowie der asiatischen, einschließlich Armenien, Turkistan, Mesopotamien und Syrien), Bulgarien und den russischen Schwarzen Meer-Häfen erlaubt wurde. Für Waren, deren Ausfuhr aus dem Vereinigten Königreich verboten ist, müssen Ausfuhrbewilligungen bei dem War Trade Department nachgesucht werden. Entsprechende Einfuhrbewilligungen erteilt das Department of Inland Restrictions.

Folgende sieben englische Schiffahrtsgesellschaften beabsichtigen, den Dienst nach den Häfen am Schwarzen Meer aufzunehmen: Cunard Company, Ellerman-Wilson Line, Ellerman-Papayanni Line, Wm. Johnston & Co., Maclay and Mc. Intyre, James Moss & Co., Westcott and Laurance Line. Der erste Cunard-Dampfer, die „Brescia", soll bereits am 15. März nach Smyrna, Konstantinopel, Odessa abgegangen sein. Hierher gehört auch die Gründung der Levant Company, unter Führung des Konstantinopeler Hauses Whithall.

England bereitet sich also vor, den Handel mit Vorder-Asien mit aller Kraft aufzunehmen, und wirft derweilen, um freie Bahn zu haben, alle Deutschen hinaus, aber nicht nur die Deutschen, sondern sogar Schweizer, wie die Direktoren Huguenin und Fries, die der Sympathien für Deutschland verdächtig sind. *P. W.*

Wichtige Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Allgemeines

„Völkerbund und Kolonialpolitik". Von Emil Zimmermann und Prof. Dr. Dove. Herausgg. vom Handelsvertragsverein. H. Wieseke, Brandenburg a. H. 1919.

Die Verfasser äußern sich zu der Forderung des britischen Volkswirtes John A. Hobson in seinem Artikel „Die offene Tür" (herausgg. v. d. „Zentralorganisation f. e. dauernden Frieden"), daß die Kolonialgebiete internationalisiert und den bisherigen Besitzern oder ihren Nachbarn zur Verwaltung übergeben werden sollen. Trotz aller Sympathien für Hobson bezweifeln beide Kolonialpolitiker, daß dadurch die restlose Beseitigung der Schwierigkeiten erreicht würde. Zimmermann weist darauf hin, daß nicht die Konkurrenz des anlagebedürftigen deutschen und britischen Kapitals im Auslande es war, was letzten Endes zum Kriege führte, sondern Deutschlands erfolgreiches Bestreben, die britischen Zwischengewinne auszuschalten. Das war ungerecht, weil es sich nicht um Länder handelte, die das deutsche Kapital erschlossen hatte, sondern um britische Kolonien. Es gelang dank der besseren Organisation. Deshalb fand der eigentliche Kampf zwischen (deutscher) Organisation und (britischem) Kapital statt. Künftig muß Deutschland in großem Maßstabe eigene Kolonien haben, damit es nicht genötigt ist, die Früchte britischer Vorarbeit mitzuernten.

Karl Dove weist darauf hin, daß die verwaltende Macht letzten Endes doch der Kolonie ihr Gepräge aufdrücken und sie auswerten würde. Sprache, Sitte, Einfuhr und Ausfuhr würden der Flagge sich anbequemen. Also würden trotz der Ausschaltung des Imperialismus wieder stark national gerichtete Einflüsse Platz greifen. Dove schlägt statt dessen vor, Afrika unter die Industrieländer Belgien, Deutschland, England, Frankreich und Italien im Verhältnis ihrer industriellen Bevölkerung aufzuteilen, weil es der gegebene Rohstofflieferant und daneben auch Abnehmer von Industrieprodukten für Europa ist. Diese Aufteilung soll aber nur bezüglich Verwaltung und Rohstoffversorgung stattfinden. Das „Eigentum" an Afrika soll einem Zweckbunde der genannten Staaten zufallen, die auch gemeinsame Ausgaben — z. B. zur Anlage einer großen Wasserkraftzentrale — aus eigenem Etat zu bewerkstelligen hätten.

Der Gedanke ist durchaus zu begrüßen. Die Kontrolle der Ausbeutung wäre da, und die an Kolonialbesitz interessierten Staaten würden in der Tat zu ihrem Recht kommen. Es ist nur zu befürchten, daß neben Wilsons platonischem Interesse dem Plane keine Sympathien außer bei uns und vielleicht bei Italien erblühen werden, und daß die beati possidentes — England, Frankreich und Belgien — sich mit Händen und Füßen gegen den Gedanken wehren werden. Zudem würde die südafrikanische Union beanspruchen, als Subjekt, nicht als Objekt an diesem Völkerrechtsgeschäfte beteiligt zu werden. Aber immerhin sollte das Programm auf den Tisch der Friedensverhandlungen geworfen werden: als Schibboleth. Hans Zache

„Völkerrechtliche Sicherungen der wirtschaftlichen Verkehrsfreiheit in Friedenszeiten." Von Bernhard Harms. Jena: Fischer 1918. 84 S. (Kriegswirtschaftl. Untersuch. a. d. Inst. f. Seeverkehr u. Weltwirtsch. d. d. Univers. Kiel. H. 17.) ℳ 2.65.

Verfasser schildert die gegeneinander ankämpfenden Tendenzen in der Entwicklung des zwischenstaatlichen Verkehrs: die Notwendigkeit eines Weltverkehrs, die aus der natürlichen Abhängigkeit der Völker geboren wird, und die Feindschaft, die der Krieg unter den Völkern erzeugt hat, und unter deren Einwirkung man heute proklamiert: das Zeitalter des Manchestertums sei durch das der nationalen Wirtschaft ersetzt. — Die hochinteressante, außerordentlich anregend geschriebene Arbeit ist so reich an Material und neuen Problemstellungen, daß sie fraglos eine der wertvollsten der ganzen Sammlung Kriegswirtschaftlicher Untersuchungen darstellt. —pt—

„Wilson. Das Schicksalsbuch Deutschlands und der Welt". Von Wilhelm. Dresden: Ader & Borel, G. m. b. H. 1919. 144 S.

Reden und Schriften des Präsidenten mit Anmerkungen und Erläuterungen. Eine interessante, dankenswerte Arbeit.

„Association Internationale Permanente des Congrès de Navigation". Fleuves, canaux et ports Notes bibliographiques compr. la liste des principaux ouvrages parus en librairie et articles publ. par les periodiques de ... Bruxelles 1908: Impr. des travaux publ. 1892—1906. 1908; 1907—1910. 1912.

„Neue Wege der Wirtschaft". Von Franz Eulenburg. Leipzig: Neue Geist-Verl. (um 1919.) 39 S. 1,20 ℳ.

Eine Erörterung der Wege, die mit verminderten Mitteln eine erhöhte Gütermenge herzustellen und zu verwenden gestatten. Dazu gehört der Ersatz des Klein- durch den Großbetrieb, der Verzicht auf Spezialitäten, die Ökonomie der menschlichen Arbeiten, die bessere Ausnutzung des Materials, die Einführung des Taylorsystems usw., alles natürlich nur im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen. Eine sehr lesenswerte Studie über die Probleme der Gegenwart.

„Freie Wirtschaft". Von Leopold von Wiese. Leipzig: Neue Geist-Verl. (um 1919.) 84 S. 2,50 ℳ.

Ein Beitrag zur Lösung des Problems, die Vereinigung der persönlichen Freiheit mit der der sozialen Gerechtigkeit der neuen deutschen Republik herbeizuführen. Zugleich eine Kritik von Rathenaus „Neue Wirtschaft".

„Die Gefahren der Sozialisierung". Von Oberbergrat Dr. Paxmann. „Deutsche Bergwerkszeitung", Essen (Ruhr) 1919. 23 S.

Verf. setzt sich dafür ein, „daß ein Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitgeber und -nehmer angestrebt wird, ohne daß die wirtschaftliche und technische Fortentwicklung der Werke mit der Erzielung höchster Produktivität beeinträchtigt und ohne daß die Weltstellung unserer Industrie und unserer Privatunternehmer dadurch erschüttert werden kann". So solle die Sozialisierung aufgefaßt werden. =dt.

„Zur Theorie der indirekten Steuern". Von Georg von Mayr. Stuttgart: Enke 1918. 67 S. (Finanz- und volkswirtsch. Zeitfragen. H. 56.) 2,80 ℳ.

Die Studie behandelt Wesen, Arten und Berechtigung der indirekten Besteuerung, und gewinnt durch das infolge der Kriegsfinanzbedürfnisse neu aufgetretene Problem des Ausbaues der indirekten Steuern besonders an Bedeutung.

„Geldwesen, Zahlungsverkehr und Vermögensverwaltung". 2. Aufl. Von Gustav Maier. Leipzig u. Berlin: Teubner 1919. 133 S. (Aus Natur u. Geisteswelt. Bdchn. 398.)

Eine gemeinverständliche Darstellung des Geldwesens und der verwandten Gebiete nach Art der bekannten Veröffentlichungen dieser Sammlung. =dt.

Schmollers Jahrb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 43. Jahrg., 1. H. München u. Leipzig: Duncker und Humblodt 1919. 439 S. 22,50 ℳ.

Das Heft enthält u. a.: „Über den Begriff des Kapitalismus" von Diehl, „Die Leben mittelteuerung und ihre Gesetzmäßigkeit" von Ernst Wagemann, „Ist der Kapitalzins berechtigt?" von Hainisch. =dt.

Jahrbuch der hafenbautechnischen Ges., 1. B. 1918. Hamburg: Boysen u. Maasch. 158 S.

Das mit reichen Abbildungen versehene Buch enthält einen Abriß über die Entstehung der hafenbautechnischen Gesellschaft nebst Satzungen und Mitgliederverzeichnis, vor allem aber eine Reihe wertvoller Beiträge über Fragen, die für Hamburg von ganz besonderem Interesse sind. Aus dem Inhalt: Geh. Baurat Prof. Dr. Ing. Bubendey: „Die Wasserstraßenentwürfe für Mitteleuropa und ihre Beziehungen zu den deutschen Seeschiffhäfen", G. de Thierry: „Weltgeschichte und Seehäfen", Baurat E. G. Meyer: „Verladeeinrichtungen im Hamburger Hafen", Bauinspektor Wilh. Kern: „Der Umschlagsverkehr in den Rheinhäfen", Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hermann Schumacher: „Die belgischen und holländischen Eisenbahnen und ihre Tarifpolitik". =dt.

Technisches Auskunftsbuch. E. alph. Zsstellung d. Wissenswerten aus Theorie u. Praxis auf d. Gebiete des Ingenieur- u. Bauwesens unt. bes. Berücks. der neuesten Errungenschaften, Preise und Bezugsquellen von Hubert Joly. 2. Kriegsausg. Jg. 24. Leipzig: Koehler 1918. 9,50 M.

Deutschland

„Nach der Flut". Von Walter Rathenau. Berlin: Fischer 1919. 71 S.

Inhalt: Sozialisierung und kein Ende — Staat und Vaterland — Ein dunkler Tag — Der schwerste Fehler des Krieges — Offener Brief an Oberst House — An alle, die der Haß nicht bindet. Im wesentlichen faßt Rathenau eine Reihe von bereits in der Tagespresse veröffentlichten Aufsätzen zusammen. -dt.

„Produktionspolitik. Zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft". Von Richard Calwer. Berlin-Zehlendorf: Zeitfragen-Verlag (1918). 77 S. 2 M.

Aus dem Inhalt: Risiko und Wagemut — Der Staat und sein Bereich — Kriegswirtschaft und Übergangswirtschaft — Die sozialdemokratische Lehre. Verfasser warnt vor weiteren Verstaatlichungen, da diese die Produktionsfähigkeit unseres Volkes aufs schwerste schädigen würden.

„Die Schutzzölle und ihr Einfluß auf die deutschen Reichsfinanzen (von 1892 bis 1912)." Von Dr. Ignatz v. Mellin. Reinhardt, München 1918. 60 S.

Behandelt werden die Schutzzölle zunächst im Zusammenhang mit den Einnahmen, dann mit den Ausgaben des Reichs. Verfasser verneint die Frage, ob ein Abbau der Schutzzölle für die Finanzen des Reichs verhängnisvoll wäre. -dt.

„Die Wirkung der neuen Reichssteuervorlagen auf das deutsche Wirtschaftsleben". Dresden 1919. 62 S. (Veröffentl. des Verbandes Sächs. Industr. H. 25.)

„Deutsche Ausfuhr und Reklame". Zölle, Steuern und andere Belastungen deutscher Werbearbeit im Auslande. Lebensfragen für die Wiederaufnahme unserer Beziehungen zum Auslande. Von Ernst Grube. Berlin: Kribe-Verl. (um 1919.) 48 S. 1,50 M.

„Die Grenzen deutschen Volkstums". Von Dietrich Schäfer. Kurtius, Berlin. o. J. 40 S.

Eine aktuelle Studie über die Probleme der deutschen Grenzmarken.

„Die Bedeutung der Deutschen und Slaven für Westpreußen". Von Erich Keyser. Danzig 1919: Kafemann G. m. b. H. 11 S.

„Die Vorschriften über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande". 2. Aufl. Von W. Pahl. Berlin 1919: Liebheit & Thiesen. 89 S. (Veröffentl. d. Verkehrsbüros d. Handelskammer z. Berlin. 11.)

„C. Regenhardt's Geschäftskalender für den Reichsverkehr". Vermittler der direkten Auskunft. Jg. 41. Berlin-Schöneberg: Regenhardt 1918. 8,25 M.

„Der Kalimarkt während des Krieges". Eine statistische Übersicht. Überreicht von Gebr. Dammann. Hannover: 1919. 44 S. 8° quer.

Eine statistische Übersicht des Bankhauses Gebr. Dammann, Hannover, die für jeden, der sich schnell über die Kurse von Kalikuxenoder die Dividenden und Quoten der deutschen Kalibergwerke unterrichten will, sehr wertvoll ist. —ws.—

England

„Departmental Committee on Shipping and Shipbuilding". Reports of the Departmental Committee appointed by the Board of Trade to consider the position of the shipping & shipbuilding industries after the war. London: Stat. Off. 1918. 156 S. [Cd. 9092.]

„Ministry of Reconstruction". Coal Conservation Committee. Final Report. London: Stat. Off. 1918. 89 S. [Cd. 9084.]

„Working Classes Cost of Living Committee 1918". Report of the Committee appointed to enquire into and report upon (1) the actual increase since June 1914, in the cost of living to the working classes and (2) any counterbalancing factors (apart from increases of wages) which may have arisen under War conditions. London: Stat. Off. 1918. 28 S.

Eine hochinteressante Denkschrift, in der das Problem der Teuerung durch die ersten Autoritäten — genannt seien: Ashley und Bowley — in einwandfreier, wissenschaftlicher Weise für England behandelt wird. Sehr viel statistisches Material, vielfach nach neuen Gesichtspunkten zusammengestellt. (Vergl. „W.-D." Nr. 5, Vermischtes.)

„Ministry of Munitions of War". Report of the Controller of the Department for the Development of Mineral Resources in the United Kingdom. London. Stat. Off. 1918. 62 S. 6 d net.

Eine an Statistik reiche Schrift, die für das Studium der Erzvorkommen Englands und die zu ihrer Gewinnung angewandten Mittel von größtem Interesse ist.

„Thom's official Directory of the United Kingdom of Great Britain and Ireland for the year 1919". Dublin: Thom 1919.

Andere Länder Europas

„Die Verkehrswirtschaft des Antwerpener Hafens". Eine zusammenfassende Studie von Paul Ehlers, H. Bultmann [u. a.]. Hamburg 1915: Persiehl. XXIII, 386 S.

Die knappe, aber mit viel Material und Karten ausgestattete Darstellung der verkehrswirtschaftlichen Verhältnisse des Antwerpener Hafens, wie sie bei Ausbruch des Krieges waren, dürfte für die beteiligten Kreise besonders jetzt von Wert sein, wo die Wirkungen des Weltkrieges die internationalen Verkehrswege umzugestalten beginnen.

„Le Commerce franco-américain". Rapport de la Commission industrielle américaine en France à l'Association des manufacturiers américains pour l'exportation. Sept.-Oct. 1916. Paris; Nancy: Berger-Levrault 1917. XXVI, 307 S.

„La Guerre au commerce allemand". Préf. de E. Wetterlé. [1.] Par Norbert Lallié. Paris: Tenin 1918. 1. L'organisation allemande et ses résultats. 3,50 frs.

„Ce que tout Français devrait savoir sur nos colonies". Par Charles Regismanset, Georges François, Fernand Rouget. Paris: La Rose 1918. 165 S. 4,80 frs.

„Steuer und Anleihepolitik in Frankreich während des Krieges". Von Erwin Respondek. Mit einem Vorwort von W. Prion. Berlin: Springer 1918. 134 S.

Hervorgehoben sei die Darstellung der Entwicklung des Gedankens der Einkommensteuer bis zu seiner Verwirklichung kurz vor Kriegsausbruch. Hiermit in engem Zusammenhang findet die Gesetzgebung über die Reform der direkten Steuer Darstellung -dt.

„Anuario de los valores mobiliarios cotizables en la Bolsa de Comercio de Bilbao por Guillermo Ibanez Año 5 — Bilbao: Miñambres 1918. 25 frs.

„Statistisches Jahrbuch der Schweiz". 26. Jg. 1917. Bern: 1918, IV, 371 S.

„Schweizerische Anbaustatistik vom Jahre 1917". Hrsg. vom Eidgenössischen stat. Bureau. Bern: Fenz 1918. (Schweizer. Statistik. Lfg. 208.)

Dreisprachig abgefaßt.

„Le Trust d'importation de 1915". (Société Suisse de Surveillance.) [Verf.: F. F. Roget.] conférence faite sous les auspices de la Société Genevoise d'Utilité Publique et de l'Union Civique le 29 nov. 1915. Genève 1916: Soc. gén. de l'impr. 55 S.

Eine Besprechung des Schweizer Einfuhrtrusts zum Zwecke des Nachweises der Neutralität des Landes. Der Vertrag ist als Anhang beigefügt.

„S. T. S. Schweizerische Treuhandstelle für Überwachung des Warenverkehrs". Einfuhr- und Ausfuhrwarenliste. Dat. 15. Aug. 1918. 33 S. (Dreisprachig abgefaßt.)

„Die chemische Industrie Österreichs und ihre Entwicklung. Mit e. Einl. v. H. Großmann. Von Julius Glaser. Berlin: Borntraeger 1918. XII, 215 S. (Literatur.)

Vor dem Krieg abgeschlossen.

Verantwortlich für Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: i. V. Dr. Alfred Schmidt-Essen; Anzeigenteil Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.

Hamburger Sparcasse von 1827

Laut Verordnung E. H. Senats mündelsicher

Hauptstelle: Schauenburgerstr. 44/48

geöffnet werktäglich von 9—4 Uhr
28 Bezirksstellen im Hamburger Stadtgebiet
Bankkonto: Reichsbank und Vereinsbank
Postscheckkonto Nr. 2077
Telephon: Alster 808, 809, 810, 811

Sparguthaben z. Z. M 326 000 000 auf 384 000 Sparbücher

Spareinlagen können per Kasse, Bank, Postsendung oder Postscheckamt erfolgen, ebenso Rückzahlungen von Spargeldern

Sparbücher können als **Kautionsbücher** dienen und auch zur Sicherheit gesperrt werden mit **Legitimationspapieren, Stichwort oder Sperrmarke**

Altersrenten-Sparbücher, gegen Verzicht auf die Zinsen kann eine Lebensrente erworben werden

Zinsen z. Zt. 3¾ % p. a. bei täglicher Verzinsung

Stahlkammern Miete pro Fach und Jahr M 3

Aufbewahrung u. Verwaltung von Wertpapieren

Pfund-Anleihen

An- und Verkauf von Stücken und Kupons.

Argentinier, Brasilianer, Chilenen, Chinesen, Rumänen, Russen u. a.

E. CALMANN, HAMBURG

Versicherungs-Gesellschaft HAMBURG in HAMBURG.

Alsterdamm 39 (Europahaus) Alsterdamm 39 (Europahaus)

Aktienkapital: M 12 000 000.
Gesamt-Reserven: M 47 260 000.

Die Gesellschaft übernimmt:
See-Versicherungen und Transport-Versicherungen aller Art sowie Rückversicherungen in allen Branchen.

HERM. H. KLAPPOTH
PAPIER — SCHREIBWAREN

HAMBURG Fernspr.: Nordsee 7246

Commerz- und Disconto-Bank

HAMBURG BERLIN

Filialen in
Altenburg S.-A., Altona, Brandenburg a. H., Cöpenick, Cottbus, Dortmund, Eberswalde, Essen, Forst i. L., Fürth, Gelsenkirchen, Guben, Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mülheim a. Ruhr, Münster, Neumünster i. Holst., Nürnberg, Oberhausen i. Rhld., Potsdam, Recklinghausen, Spandau, Sterkrade, Stettin, Stuttgart, Wandsbek, Wanne, Wattenscheid.

Aktienkapital einschl. Reserven 102 000 000.— Mark

Giro- und Scheckverkehr
Führung von laufenden Rechnungen
An- und Verkauf von Wertpapieren
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren
Beleihung von Wertpapieren, Waren und Hypotheken
Diskontierung von Wechseln
Vollstreckung von Testamenten
Verwaltung von grösseren Vermögen
Aufbewahrung verschlossener Depots
Vermittlung aller bankmässigen Geschäfte
Vermietung von Fächern in feuer- und einbruchssicheren Stahlkammern

H. O. PERSIEHL

HAMBURG 8, Gutenberghaus

Buchdruckerei, Steindruckerei, Buchbinderei

Schnelle und saubere Herstellung von Druckarbeiten größeren Umfanges, als:

Broschüren, Büchern, Werken usw.

Setzmaschinen-Betrieb.